

Beratungsunterlage 305/2021

für den Gemeinderat
der **Stadt Möckmühl**
Sitzung am 23.02.2021 - öffentlich -

Gefertigt am 25.01.2021

von Uwe Thoma

Aktenzeichen: 40-UT

TOP:

Änderung der Feuerwehrsatzung

Sachverhalt:

Da mit Blick auf die aktuellen Pandemieentwicklungen die Durchführung von Hauptversammlungen und Wahlen bei den Gemeindefeuerwehren weiterhin erschwert sein wird, wurde an den Landesfeuerwehrverband BW vermehrt die Frage eines entsprechenden Umgangs mit dieser Situation gestellt. Die Hauptversammlung kann in solchen Ausnahmefällen verschoben oder in digitaler Form abgehalten werden. Sofern die Hauptversammlung nicht als Präsenzveranstaltung durchgeführt werden kann, können die dort ggfs. notwendigen Wahlen und Abstimmungen auch als Briefwahl oder Online durchgeführt werden. Allerdings erfordern diese Vorgehensweisen entsprechende Regelungen in der Feuerwehrsatzung. Im Dialog mit dem Gemeindetag, dem Innenministerium und der Gemeindeprüfungsanstalt hat der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg die in der Satzung notwendigen Änderungen formuliert und ein entsprechendes Muster für eine Feuerwehrsatzung bzw. Feuerwehrabteilungssatzung (FwSAbt) bereitgestellt. Diese Regelungen sind in den Erläuterungen zum Muster für eine Feuerwehrsatzung ausführlich erklärt. Neben diesen Änderungen und Ergänzungen wurde das Satzungsmuster insgesamt überarbeitet und auf den aktuellen normativen Stand gebracht.

Relevante Änderungen:

- In Ausnahmefällen kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe bzgl. der Durchführung der Hauptversammlung vom Grundsatz der Präsenzveranstaltung abgewichen werden (§ 16 Abs. 6 FwSAbt).
- Die Hauptversammlung kann in diesen Fällen auf einen zeitnahen Termin – jedoch maximal bis zu einem Jahr – verschoben werden (§ 16 Abs. 6 Buchstabe a)) oder in digitaler Form abgehalten werden (§ 16 Abs. 6 Buchstabe b)).
- Sofern die Hauptversammlung nach § 16 Abs. 6 nicht in Form einer Präsenzveranstaltung durchgeführt wird, enthält § 17 Abs. 7 die Regelungen für alternative Formate zur Durchführung von Wahlen und Abstimmungen.
Hierüber entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses.

Die Änderungen der Feuerwehrsatzung sind § 16 Hauptversammlung und Abteilungsversammlungen:

Modifizierter Absatz 4. Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr anwesend ist oder an der Hauptversammlung nach Absatz 6 Buchstabe b) in digitaler Form teilnimmt.
Bei Beschlussunfähigkeit kann eine zweite Hauptversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden bzw. in digitaler Form teilnehmenden Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.

Neuer Absatz 6:

(6) Sofern die Hauptversammlung in Form einer Präsenzveranstaltung aus schwerwiegenden Gründen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, ob

(a) die Hauptversammlung auf einen zeitnahen Termin, jedoch maximal bis zu einem Jahr, verschoben wird oder

(b) die Hauptversammlung in digitaler Form abgehalten wird. Schwerwiegende Gründe liegen insbesondere vor bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes, bei sonstigen außergewöhnlichen Notsituationen oder wenn aus anderen Gründen eine ordnungsgemäße Durchführung unzumutbar wäre. Die Hauptversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr im Sitzungsraum kann nach Abs. 6 Buchstabe b) durchgeführt werden, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Die nach dem Fw-gesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen und die Fassung von Beschlüssen in geheimer Abstimmung sind im Rahmen einer Hauptversammlung nach Abs. 6 Buchstabe b) nicht möglich. Für sie gilt § 17 Abs. 7.

§ 17 Wahlen - Ergänzung in Absatz 1:

Bei der Durchführung von Wahlen nach Absatz 7 leitet und organisiert der Bürgermeister oder eine von ihm beauftragte Person, unter Mitwirkung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die Wahl. Die beauftragte Person nach Satz 3 kann ein Angehöriger der Gemeindefeuerwehr sein. Ergänzung in Absatz 2 (Änderungen bzw. Ergänzungen sind unterstrichen) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln durchgeführt. Wahlen in digitaler Form nach Absatz 7 Buchstabe c) werden ohne Stimmzettel durchgeführt. Ergänzung in Absatz 3 (Änderungen bzw. Ergänzungen sind unterstrichen) Bei der Wahl des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten hat. Wird diese Stimmenzahl nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen statt, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl und erreicht dieser im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem der Bewerber mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten muss.

Neuer Absatz 7:

Sofern die Hauptversammlung nach § 16 Abs. 6 nicht in Form einer Präsenzveranstaltung durchgeführt wird, entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, ob

(a) die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen und Beschlussfassungen in geheimer Abstimmung in einer Präsenzversammlung (Wahlversammlung) durchgeführt werden oder

(b) zu treffende Beschlüsse in der bzw. die Wahlen durch die Versammlung in Form einer Briefwahl herbei- bzw. durchgeführt werden oder

(c) zu treffende Beschlüsse in der bzw. die Wahlen durch die Versammlung in Form einer Online-Abstimmung bzw. -Wahl herbei- bzw. durchgeführt werden.

§ 14 Feuerwehrausschuss, Abteilungsausschüsse - Neuer Absatz 10:

Für die Durchführung der Sitzungen des Feuerwehrausschusses sowie der Abteilungsausschüsse gilt § 16 Abs. 6 sowie § 16 Abs. 4 Satz 1 Alt. 2 entsprechend.

Weiterhin gilt zu beachten:

Das Muster für eine Feuerwehrsatzung bzw. Feuerwehrorganisationssatzung wurde zuletzt 2017 aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Feuerwehrgesetzes vom 17.12.2015 (GBl. S. 1184) grundlegend novelliert. Seinerzeit geregelt wurde insbesondere der § 5 Absatz 7 Satz 2 der Satzung, wonach der Gemeindefeuerwehr auch Personen angehören können, die nur einzelne Tätigkeiten des Feuerwehrdienstes wahrnehmen. Diese Änderung wurde in den Erläuterungen berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr Möckmühl (Feuerwehrsatzung – FwS)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 3, § 7 Abs.1 Satz 1, § 8 Absatz 2 Satz 2 HS. 2, § 10 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1, § 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 des Feuerwehrgesetzes hat der Gemeinderat am 23.02.2021 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Name und Gliederung der Freiwilligen Feuerwehr

(1) Die Freiwillige Feuerwehr Möckmühl in dieser Satzung Feuerwehr genannt, ist eine gemeinnützige, der Nächstenhilfe dienende Einrichtung der Stadt Möckmühl ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

(2) Die Feuerwehr besteht als Gemeindefeuerwehr aus

1. den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr
in Möckmühl
in Bittelbronn
in Korb
in Ruchsen
in Züttlingen
2. den Altersabteilungen
3. der Jugendfeuerwehr

§ 2 Aufgaben

(1) Die Feuerwehr hat

1. bei Schadenfeuer (Bränden) und öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten und den Einzelnen und das Gemeinwesen vor hierbei drohenden Gefahren zu schützen und
2. zur Rettung von Menschen und Tieren aus lebensbedrohlichen Lagen technische Hilfe zu leisten. Ein öffentlicher Notstand ist ein durch ein Naturereignis, einen Unglücksfall oder dergleichen verursachtes Ereignis, das zu einer gegenwärtigen oder unmittelbar bevorstehenden Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen und Tieren oder für andere wesentliche Rechtsgüter führt, von dem die Allgemeinheit, also eine unbestimmte und nicht bestimmbar Anzahl von Personen, unmittelbar betroffen ist und bei dem der Eintritt der Gefahr oder des Schadens nur durch außergewöhnliche Sofortmaßnahmen beseitigt oder verhindert werden kann.

(2) Der Bürgermeister kann die Feuerwehr beauftragen (vgl. § 11 Abs. 2 des Musters des Gemeindetags zu einer Hauptsatzung) örtlich anzupassen.

1. mit der Abwehr von Gefahren bei anderen Notlagen für Menschen, Tiere und Schiffe und
2. mit Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere der Brandschutzaufklärung und -erziehung sowie der Brandsicherheitswache.

§ 3 Aufnahme in die Feuerwehr

(1) In die Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr können auf Grund freiwilliger Meldung Personen als ehrenamtlich Tätige aufgenommen werden, die

1. das 17. Lebensjahr vollendet haben; sie dürfen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres an Einsätzen teilnehmen,
2. den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes gewachsen sind,
3. geistig und charakterlich für den Feuerwehrdienst geeignet sind,
4. sich zu einer längeren Dienstzeit bereit erklären,
5. nicht infolge Richterspruchs nach § 45 des Strafgesetzbuchs (StGB) die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben,
6. keinen Maßregeln der Besserung und Sicherung nach § 61 StGB mit Ausnahme der Nummer 5 (Entziehung der Fahrerlaubnis) unterworfen sind und
7. nicht wegen Brandstiftung nach §§ 306 bis 306c StGB verurteilt wurden.

Die Dienstzeit nach Nummer 4 soll mindestens 10 Jahre betragen.

(2) Die Aufnahme in die Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr erfolgt für die ersten zwölf Monate auf Probe. Innerhalb der Probezeit soll der Feuerwehrangehörige erfolgreich an einem Grundausbildungslehrgang teilnehmen. Aus begründetem Anlass kann die Probezeit verlängert werden. Auf eine Probezeit kann verzichtet oder sie kann abgekürzt werden, wenn Angehörige einer Jugendfeuerwehr oder einer Musikabteilung in eine Einsatzabteilung übertreten oder eine Person eintritt, die bereits einer anderen Gemeindefeuerwehr oder einer Werkfeuerwehr angehört oder angehört hat.

(3) Bei Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen (§ 11 Abs. 4 FwG) kann der Feuerwehrausschuss im Einzelfall die Aufnahme abweichend von den Absätzen 1 und 2 regeln sowie Ausnahmen von der Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes nach § 4 Abs. 1 Nr. 5 und den Dienstpflichten nach § 5 Abs. 5 und 6 zulassen.

(4) Aufnahmegesuche sind schriftlich an den Abteilungskommandanten zu richten. Vor Vollendung des 18. Lebensjahrs ist die schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Über die Aufnahme auf Probe, die Verkürzung oder Verlängerung der Probezeit und die endgültige Aufnahme entscheidet der Feuerwehrausschuss. Der Abteilungsausschuss der Einsatzabteilung, der der Bewerber angehören soll, ist zu hören. Neu aufgenommene Angehörige der Gemeindefeuerwehr werden vom Feuerwehrkommandanten durch Handschlag verpflichtet.

(5) Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht. Eine Ablehnung ist dem Gesuchsteller vom Bürgermeister schriftlich mitzuteilen.

(6) Jeder Angehörige der Gemeindefeuerwehr erhält einen vom Bürgermeister ausgestellten Dienstausweis.

§ 4 Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes

(1) Der ehrenamtliche Feuerwehrdienst in einer Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr endet, wenn der ehrenamtlich tätige Angehörige der Gemeindefeuerwehr

1. die Probezeit nicht besteht,
2. während oder mit Ablauf der Probezeit seinen Austritt erklärt,
3. seine Dienstverpflichtung nach § 12 Abs. 2 FwG erfüllt hat,
4. den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes nicht mehr gewachsen ist,
5. das 65. Lebensjahr vollendet hat,
6. infolge Richterspruchs nach § 45 StGB die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat,
7. Maßregeln der Besserung und Sicherung nach § 61 StGB mit Ausnahme der Nummer 5 (Entziehung der Fahrerlaubnis) unterworfen wird oder

8. wegen Brandstiftung nach §§ 306 bis 306c StGB verurteilt wurde.

(2) Der ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige ist auf seinen Antrag vom Bürgermeister aus dem Feuerwehrdienst in einer Einsatzabteilung zu entlassen, wenn

1. er nach § 6 Abs. 2 Satz 1 in die Altersabteilung überwechseln möchte,
2. der Dienst in der Einsatzabteilung aus persönlichen oder beruflichen Gründen nicht mehr möglich ist,
3. er seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt oder
4. er nicht in der Gemeinde wohnt und er seine Arbeitsstätte in eine andere Gemeinde verlegt.

In den Fällen der Nummern 3 und 4 kann der Feuerwehrangehörige nach Anhörung des Feuerwehrausschusses auch ohne seinen Antrag entlassen werden. Der Betroffene ist vorher anzuhören.

(3) Der Antrag auf Entlassung ist unter Angabe der Gründe schriftlich über den Abteilungskommandanten beim Feuerwehrkommandanten einzureichen.

(4) Ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger, der seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt, hat dies binnen einer Woche dem Feuerwehrkommandanten anzuzeigen. Das gleiche gilt, wenn er nicht in der Gemeinde wohnt und er seine Arbeitsstätte in eine andere Gemeinde verlegt.

(5) Der Gemeinderat kann nach Anhörung des Feuerwehrausschusses den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst eines Feuerwehrangehörigen aus wichtigem Grund beenden. Dies gilt insbesondere

1. bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst,
2. bei schweren Verstößen gegen die Dienstpflichten,
3. bei erheblicher schuldhafter Schädigung des Ansehens der Feuerwehr oder
4. wenn sein Verhalten eine erhebliche und andauernde Störung des Zusammenlebens in der Gemeindefeuerwehr verursacht hat oder befürchten lässt.

Der Betroffene ist vorher anzuhören. Der Bürgermeister hat die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes durch schriftlichen Bescheid festzustellen.

(6) Angehörige der Gemeindefeuerwehr, die ausgeschieden sind, erhalten auf Antrag eine Bescheinigung über die Zugehörigkeit zur Feuerwehr.

§ 5 Rechte und Pflichten der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr

(1) Die Angehörigen der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeindefeuerwehr haben das Recht, den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten, seinen Stellvertreter und die Mitglieder des Feuerwehrausschusses zu wählen. Sie haben außerdem das Recht, ihren Abteilungskommandanten, seinen Stellvertreter und die Mitglieder ihres Abteilungsausschusses zu wählen.

(2) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten nach Maßgabe des § 16 FwG und der örtlichen Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr eine Entschädigung.

(3) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten bei Sachschäden, die sie in Ausübung oder infolge des Feuerwehrdienstes erleiden einen Ersatz nach Maßgabe des § 17 FwG.

(4) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind für die Dauer der Teilnahme an Einsätzen oder an der Aus- und Fortbildung nach Maßgabe des § 15 FwG von der Arbeits- oder Dienstleistung freigestellt.

(5) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind verpflichtet (§ 14 Abs. 1 FwG)

1. am Dienst- und an Aus- und Fortbildungslehrgängen regelmäßig und pünktlich teilzunehmen,
2. bei Alarm sich unverzüglich zum Dienst einzufinden,
3. den dienstlichen Weisungen der Vorgesetzten nachzukommen,
4. im Dienst ein vorbildliches Verhalten zu zeigen und sich den anderen Angehörigen der Feuerwehr gegenüber kameradschaftlich zu verhalten,
5. die Ausbildungs- und Unfallverhütungsvorschriften für den Feuerwehrdienst zu beachten,

6. die ihnen anvertrauten Ausrüstungsstücke, Geräte und Einrichtungen gewissenhaft zu pflegen und sie nur zu dienstlichen Zwecken zu benutzen, und

7. über alle Angelegenheiten Verschwiegenheit zu wahren, von denen sie im Rahmen ihrer Dienstausübung Kenntnis erlangen und deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist.

(6) Die Angehörigen der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeindefeuerwehr haben eine Abwesenheit von länger als zwei Wochen dem Feuerwehrkommandanten oder dem von ihm Beauftragten rechtzeitig vorher anzuzeigen und eine Dienstverhinderung bei ihrem Vorgesetzten vor dem Dienstbeginn zu melden, spätestens jedoch am folgenden Tage die Gründe hierfür zu nennen.

(7) Aus beruflichen, gesundheitlichen, familiären oder persönlichen Gründen kann ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Gemeindefeuerwehr auf Antrag vom Feuerwehrkommandanten vorübergehend von seinen Dienstpflichten nach Absatz 5 Nr. 1 und 2 befreit werden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann der Feuerwehrkommandant nach Anhörung des Feuerwehr- und des Abteilungsausschusses auf Antrag Dienstpflichten nach Absatz 5 Nr. 1 und 2 dauerhaft beschränken.

(8) Ist ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Gemeindefeuerwehr gleichzeitig Mitglied einer Berufsfeuerwehr, einer Werkfeuerwehr oder hauptamtlicher Feuerwehrangehöriger, haben die sich hieraus ergebenden Pflichten Vorrang vor den Dienstpflichten nach Absatz 5 Nr. 1 und 2.

(9) Verletzt ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Gemeindefeuerwehr schuldhaft die ihm obliegenden Dienstpflichten, kann ihm der Feuerwehrkommandant einen Verweis erteilen. Grobe Verstöße kann der Bürgermeister auf Antrag des Feuerwehrkommandanten mit einer Geldbuße bis zu 1000 Euro ahnden. Der Bürgermeister kann zur Vorbereitung eines Beschlusses des Gemeinderats auf Beendigung des Feuerwehrdienstes nach § 4 Abs. 5 den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen auch vorläufig des Dienstes entheben, wenn andernfalls der Dienstbetrieb oder die Ermittlungen beeinträchtigt würden. Der Betroffene ist vor einer Entscheidung nach den Sätzen 1 bis 3 anzuhören.

§ 6 Altersabteilung

(1) In die Altersabteilung wird unter Überlassung der Dienstkleidung übernommen, wer nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 und Abs. 2 Nr. 2 bis 4 aus dem ehrenamtlichen Feuerwehrdienst in einer Einsatzabteilung ausscheidet und keine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) Der Feuerwehrausschuss kann auf ihren Antrag Angehörige der Feuerwehr, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, unter Belassung der Dienstkleidung aus der Einsatzabteilung in die Altersabteilung übernehmen (§ 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1). Unter denselben Voraussetzungen können Angehörige der Musikabteilungen übernommen werden; sie können gleichzeitig Angehörige der Musikabteilung bleiben.

(3) Der Leiter der Altersabteilung und sein Stellvertreter werden von den Angehörigen ihrer Abteilung auf die Dauer von fünf Jahren in geheimer Wahl gewählt und nach Zustimmung des Feuerwehrausschusses zu der Wahl durch den Feuerwehrkommandanten bestellt. Sie haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt eines Nachfolgers weiterzuführen. Sie können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden

(4) Der Leiter der Altersabteilung ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben seiner Abteilung verantwortlich; er unterstützt den Feuerwehrkommandanten. Er wird vom stellvertretenden Leiter der Altersabteilung unterstützt und von ihm in seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten vertreten.

(5) Die Angehörigen der Altersabteilung, die hierfür die erforderlichen gesundheitlichen und fachlichen Anforderungen erfüllen, können vom Feuerwehrkommandanten im Einvernehmen mit dem Leiter der Altersabteilung zu Übungen und Einsätzen herangezogen werden.

§ 7 Jugendfeuerwehr

(1) Die Jugendfeuerwehr besteht aus den Jugendgruppen, die auf Beschluss des Feuerwehrausschusses bei den Einsatzabteilungen gebildet werden.

(2) In die Jugendfeuerwehr können Personen bis zum vollendeten 17. Lebensjahr aufgenommen werden, wenn sie

1. den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes gewachsen sind,
2. geistig und charakterlich für den Feuerwehrdienst geeignet sind,
3. sich zu einer längeren Dienstzeit bereit erklären,
4. nicht infolge Richterspruchs nach § 45 des Strafgesetzbuchs (StGB) die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben,
5. keinen Maßregeln der Besserung und Sicherung nach § 7 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) mit Ausnahme der Entziehung der Fahrerlaubnis unterworfen sind und
6. nicht wegen Brandstiftung nach §§ 306 bis 306c StGB verurteilt wurden.

Die Aufnahme muss mit schriftlicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten beantragt werden. Über die Aufnahme und das dafür maßgebende Mindestalter entscheidet der Feuerwehrausschuss.

(3) Die Zugehörigkeit des Angehörigen der Jugendfeuerwehr zur Jugendfeuerwehr endet, wenn

1. er in eine Einsatzabteilung der Feuerwehr aufgenommen wird,
2. er aus der Jugendfeuerwehr austritt,
3. die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung schriftlich zurücknehmen,
4. er den gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist,
5. er das 18. Lebensjahr vollendet oder
6. der Feuerwehrausschuss den Dienst in der Jugendfeuerwehr aus wichtigem Grund beendet. § 4 Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) Der Leiter der Jugendabteilung (Jugendfeuerwehrwart) und sein Stellvertreter werden von den Angehörigen ihrer Abteilung auf die Dauer von fünf Jahren in geheimer Wahl gewählt und nach Zustimmung des Feuerwehrausschusses zu der Wahl durch den Feuerwehrkommandanten bestellt. Sie haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt eines Nachfolgers weiterzuführen. Der Feuerwehrkommandant kann geeignet erscheinende Angehörige der Gemeindefeuerwehr mit der vorläufigen Leitung der Jugendfeuerwehr beauftragen. Der Jugendfeuerwehrwart muss einer Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr angehören und soll den Lehrgang Jugendfeuerwehrwart besucht haben. Der Jugendfeuerwehrwart und sein Stellvertreter können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden

(5) Der Jugendfeuerwehrwart ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben seiner Abteilung verantwortlich; er unterstützt den Feuerwehrkommandanten. Er wird vom stellvertretenden Leiter der Jugendfeuerwehr unterstützt und von ihm in seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten vertreten.

(6) Für die Leiter der Jugendgruppen (Absatz 1) gilt Absatz 4 entsprechend.

§ 8 Musikabteilung

- entfällt -

§ 9 Ehrenmitglieder

Der Gemeinderat kann auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses

1. Personen, die sich um das örtliche Feuerwehrwesen besondere Verdienste erworben oder zur Förderung des Brandschutzes wesentlich beigetragen haben, die Eigenschaft als Ehrenmitglied und
2. bewährten Feuerwehr- und Abteilungskommandanten nach Beendigung ihrer Amtszeit die Eigenschaft als Ehrenkommandant verleihen.

§ 10 Organe der Feuerwehr

Organe der Feuerwehr sind:

1. Feuerwehrkommandant,
2. Abteilungskommandant,
3. Leiter der Altersabteilung und der Jugendfeuerwehr
4. Feuerwehrausschuss,
5. Abteilungsausschüsse,
6. Hauptversammlung,
7. Abteilungsversammlungen.

§ 11 Feuerwehrkommandant, Abteilungskommandant und Stellvertreter

(1) Der Leiter der Feuerwehr ist der Feuerwehrkommandant.

(2) Der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter werden von den Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr aus deren Mitte in geheimer Wahl gewählt. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre.

(3) Die Wahlen des ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters werden in der Hauptversammlung durchgeführt.

(4) Zum ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten und seinem Stellvertreter kann nur gewählt werden, wer

1. einer Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr angehört,
2. über die für dieses Amt erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und
3. die nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllt.

(5) Der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter werden nach der Wahl und nach Zustimmung durch den Gemeinderat vom Bürgermeister bestellt.

(6) Der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt eines Nachfolgers weiterzuführen. Kommt binnen drei Monaten nach Freiwerden der Stelle oder nach Versagung der Zustimmung keine Neuwahl zustande, bestellt der Bürgermeister den vom Gemeinderat gewählten Feuerwehrangehörigen zum Feuerwehrkommandanten oder seinem Stellvertreter (§ 8 Abs. 2 Satz 3 FwG). Diese Bestellung endet mit der Bestellung eines Nachfolgers nach Absatz 5.

(7) Gegen eine Wahl des ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten, des Abteilungskommandanten und ihrer Stellvertreter kann binnen einer Woche nach der Wahl von jedem Wahlberechtigten Einspruch bei der Gemeinde erhoben werden. Nach Ablauf der Einspruchsfrist können weitere Einspruchsgründe nicht mehr geltend gemacht werden. Gegen die Entscheidung über den Einspruch können der Wahlberechtigte, der Einspruch erhoben hat, und der durch die Entscheidung betroffene Bewerber unmittelbar Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage erheben.

(8) Vor der Bestellung eines hauptberuflich tätigen Feuerwehrkommandanten oder eines hauptberuflich tätigen Stellvertreters des Feuerwehrkommandanten ist der Feuerwehrausschuss zu hören.

(9) Der Feuerwehrkommandant ist für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich (§ 9 Abs. 1 Satz 1 FwG) und führt die ihm durch Gesetz und diese Satzung übertragenen Aufgaben durch. Er hat insbesondere

1. eine Alarm- und Ausrückeordnung für die Aufgaben nach § 2 aufzustellen und fortzuschreiben und sie dem Bürgermeister mitzuteilen,
2. auf die ordnungsgemäße feuerwehrtechnische Ausstattung hinzuwirken,
3. für die Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr und
4. für die Instandhaltung der Feuerwehrausrüstungen und -einrichtungen zu sorgen (§ 9 Abs. 1 Satz 2 FwG),

5. die Zusammenarbeit der Einsatzabteilungen bei Übungen und Einsätzen zu regeln,
6. die Tätigkeit der Abteilungskommandanten, der Leiter der Altersabteilung, der Jugendfeuerwehr und der Musikabteilungen sowie des Kassenverwalters und des Gerätewarts zu überwachen,
7. dem Bürgermeister über Dienstbesprechungen zu berichten,
8. Beanstandungen in der Löschwasserversorgung dem Bürgermeister mitzuteilen.

Die Gemeinde hat ihn bei der Durchführung seiner Aufgaben angemessen zu unterstützen.

- (10) Der Feuerwehrkommandant hat den Bürgermeister und den Gemeinderat in allen feuerwehrtechnischen Angelegenheiten von sich aus zu beraten. Er soll zu den Beratungen der Gemeindeorgane über Angelegenheiten der Feuerwehr mit beratender Stimme zugezogen werden.
- (11) Der stellvertretende Feuerwehrkommandant hat den Feuerwehrkommandanten zu unterstützen und ihn in seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten zu vertreten.
- (12) Der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden (§ 8 Abs. 2 Satz 5 FwG).
- (13) Die ehrenamtlich tätigen Abteilungskommandanten (§ 10 Nr. 2) und ihre Stellvertreter werden von den Angehörigen der jeweiligen Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr aus deren Mitte in geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Die Wahlen finden in der Abteilungsversammlung statt. Für die ehrenamtlich tätigen Abteilungskommandanten gelten im Übrigen die Absätze 4 bis 6 entsprechend. Die Abteilungskommandanten sind für die Einsatzbereitschaft ihrer Einsatzabteilung verantwortlich und unterstützen den Feuerwehrkommandanten bei seinen Aufgaben nach Absatz 8. Für den stellvertretenden Abteilungskommandanten gelten die Absätze 4 bis 6 sowie 10 und 11 entsprechend.

§ 12 Unterführer

- (1) Die Unterführer (Zug- und Gruppenführer) dürfen nur bestellt werden, wenn sie
 1. einer Einsatzabteilung der Feuerwehr angehören,
 2. über die für ihr Amt erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen und
 3. die nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen.
- (2) Die Unterführer werden vom Abteilungskommandanten im Einvernehmen mit dem Feuerwehrkommandanten auf Vorschlag des Abteilungsausschusses auf die Dauer von fünf Jahren bestellt. Der Feuerwehrkommandant kann die Bestellung nach Anhörung des Feuerwehrausschusses widerrufen. Die Unterführer haben ihre Dienststellung nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens bis zur Bestellung des Nachfolgers wahrzunehmen.
- (3) Die Unterführer führen ihre Aufgaben nach den Weisungen der Vorgesetzten aus.

§ 13 Schriftführer, Kassenverwalter, Pressesprecher, Gerätewart

- (1) Der Schriftführer, der Kassenverwalter und der Pressesprecher werden vom Feuerwehrausschuss auf fünf Jahre gewählt. Der Gerätewart wird vom Feuerwehrkommandanten nach Anhörung des Feuerwehrausschusses im Einvernehmen mit dem Bürgermeister eingesetzt und abberufen. Vor der Bestellung eines hauptberuflich tätigen Feuerwehrgerätewarts oder der Übertragung der Aufgaben des Feuerwehrgerätewarts auf einen Gemeindebediensteten ist der Feuerwehrausschuss zu hören.
- (2) Der Schriftführer hat über die Sitzungen des Feuerwehrausschusses und über die Hauptversammlung jeweils eine Niederschrift zu fertigen und in der Regel die schriftlichen Arbeiten der Feuerwehr zu erledigen.
- (3) Der Kassenverwalter hat die Kameradschaftskasse (§ 18) zu verwalten und sämtliche Einnahmen und Ausgaben nach der Ordnung des Wirtschaftsplans zu verbuchen. Zahlungen darf er nur aufgrund von Belegen und schriftlichen Anweisungen des Feuerwehrkommandanten annehmen und leisten. Die Gegenstände des Sondervermögens sind ab einem Wert von 500 € in einem Bestandsverzeichnis nachzuweisen.

(4) Der Gerätewart hat die Feuerwehreinrichtungen und die Ausrüstung zu verwahren und zu pflegen. Mängel sind unverzüglich dem Feuerwehrkommandanten zu melden.

(5) Der Pressesprecher hat in Abstimmung mit dem Kommandanten die Öffentlichkeit über die Belange der Feuerwehr zu informieren.

(6) Für Schriftführer, Kassenverwalter und Gerätewart in den Einsatzabteilungen gelten die Absätze 1 bis 4 sinngemäß.

§ 14 Feuerwehrausschuss, Abteilungsausschüsse

(1) Der Feuerwehrausschuss besteht aus dem Feuerwehrkommandanten als dem Vorsitzenden und aus 11 auf fünf Jahre in der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr. Davon entfallen auf die Einsatzabteilung:

Möckmühl	3 Mitglieder
Bittelbronn	2 Mitglieder
Korb	2 Mitglieder
Ruchsen	2 Mitglieder
Züttlingen	2 Mitglieder

(2) Dem Feuerwehrausschuss gehören als Mitglied außerdem an:

- der Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten,
- die Kommandanten der Einsatzabteilungen (Abteilungskommandanten),
- der Leiter der Altersabteilung,
- der Jugendfeuerwehrwart,
- der Schriftführer,
- der Kassenverwalter und
- der Pressesprecher.

(3) Werden der Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten oder die Abteilungskommandanten nach Absatz 1 in den Feuerwehrausschuss gewählt, erhöht sich die Zahl der zu wählenden Mitglieder entsprechend. Die jeweilige Abteilungsversammlung wählt die auf die Abteilung entfallenden Mitglieder i. S. des § 14 Abs. 1.

(4) Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Feuerwehrausschusses ein. Er ist hierzu verpflichtet, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder verlangt. Die Einladung mit der Tagesordnung soll den Mitgliedern spätestens drei Tage vor der Sitzung zugehen. Der Feuerwehrausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(5) Der Bürgermeister ist von den Sitzungen des Feuerwehrausschusses durch Übersenden einer Einladung mit Tagesordnung rechtzeitig zu benachrichtigen. Er kann an den Sitzungen jederzeit teilnehmen oder sich durch Beauftragte vertreten lassen.

(6) Beschlüsse des Feuerwehrausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(7) Die Sitzungen des Feuerwehrausschusses sind nicht öffentlich. Über jede Sitzung wird eine Niederschrift gefertigt; sie ist dem Bürgermeister sowie den Ausschussmitgliedern zuzustellen. Die Niederschriften sind den Angehörigen der Einsatzabteilungen auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

(8) Der Feuerwehrkommandant kann zu den Sitzungen auch andere Angehörige der Gemeindefeuerwehr beratend zuziehen.

(9) Bei den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr werden Abteilungsausschüsse gebildet. Sie bestehen aus dem Abteilungskommandanten als den Vorsitzenden und bei der

- Einsatzabteilung in Möckmühl aus 6 gewählten Mitgliedern,
- Einsatzabteilung in Bittelbronn aus 3 gewählten Mitgliedern,
- Einsatzabteilung in Korb aus 4 gewählten Mitgliedern,
- Einsatzabteilung in Ruchsen aus 4 gewählten Mitgliedern,
- Einsatzabteilung in Züttlingen aus 6 gewählten Mitgliedern.

Die Mitglieder werden in der Abteilungsversammlung für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Den Abteilungsausschüssen gehören als Mitglied außerdem der Stellvertreter des Abteilungskommandanten, der Schriftführer, und der Kassenverwalter an.

Die Absätze 4 bis 8 gelten für die Abteilungsausschüsse entsprechend. Der Feuerwehrkommandant ist zu den Sitzungen einzuladen; er kann sich an den Beratungen jederzeit beteiligen. Die Niederschrift über die Sitzungen des Abteilungsausschusses sind auch dem Feuerwehrkommandanten zuzustellen. (10) Für die Durchführung der Sitzungen des Feuerwehrausschusses sowie der Abteilungsausschüsse gilt § 16 Abs. 6 sowie § 16 Abs. 4 Satz 1 Alt. 2 entsprechend.

§ 15 Ausschüsse bei den Altersabteilungen, der Jugendfeuerwehr und den Musikabteilungen

(1) Bei den Altersabteilungen, der Jugendfeuerwehr und den Musikabteilungen werden Ausschüsse gebildet. Sie bestehen aus den Leitern der Abteilungen als den Vorsitzenden und

- bei der Altersabteilung aus 4 gewählten Mitgliedern,

- bei der Jugendfeuerwehr aus 4 gewählten Mitgliedern.

Die Mitglieder werden in der Abteilungsversammlung für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

(2) Den Ausschüssen gehören als Mitglied außerdem der Stellvertreter des Leiters der Abteilung, der Schriftführer, und der Kassenverwalter an.

(3) Für die Ausschüsse nach Absatz 1 gelten § 14 Absätze 4 bis 8 sowie Absatz 10 entsprechend. Der Feuerwehrkommandant ist zu den Sitzungen einzuladen; er kann sich an den Beratungen jederzeit beteiligen.

§ 16 Hauptversammlung und Abteilungsversammlungen

(1) Unter dem Vorsitz des Feuerwehrkommandanten findet jährlich mindestens eine ordentliche Hauptversammlung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr statt. Der Hauptversammlung sind alle wichtigen Angelegenheiten der Feuerwehr, soweit für deren Behandlung nicht andere Organe zuständig sind, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

(2) In der Hauptversammlung hat der Feuerwehrkommandant einen Bericht über das vergangene Jahr und der Kassenverwalter einen Bericht über den Rechnungsabschluss des Sondervermögens für die Kameradschaftspflege (§ 18) zu erstatten. Die Hauptversammlung beschließt über den Rechnungsabschluss.

(3) Die Hauptversammlung wird vom Feuerwehrkommandanten einberufen. Sie ist binnen eines Monats einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr dies schriftlich unter Angaben von Gründen verlangt. Zeitpunkt und Tagesordnung der Hauptversammlung sind den Mitgliedern sowie dem Bürgermeister vierzehn Tage vor der Versammlung bekannt zu geben.

(4) Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr anwesend ist oder an der Hauptversammlung nach Absatz 6 Buchstabe b) in digitaler Form teilnimmt. Bei Beschlussunfähigkeit kann eine zweite Hauptversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden bzw. in digitaler Form teilnehmenden Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr beschlussfähig ist. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.

(5) Über die Hauptversammlung wird eine Niederschrift gefertigt. Dem Bürgermeister ist die Niederschrift auf Verlangen vorzulegen.

(6) Sofern die Hauptversammlung in Form einer Präsenzveranstaltung aus schwerwiegenden Gründen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, ob

(a) die Hauptversammlung auf einen zeitnahen Termin, jedoch maximal bis zu einem Jahr, verschoben wird oder

(b) die Hauptversammlung in digitaler Form abgehalten wird.

Schwerwiegende Gründe liegen insbesondere vor bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes, bei sonstigen außergewöhnlichen Notsituationen oder wenn aus anderen Gründen eine ordnungsgemäße Durchführung unzumutbar wäre.

Die Hauptversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr im Sitzungsraum kann nach Absatz 6 Buchstabe b) durchgeführt werden, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen und die Fassung von Beschlüssen in geheimer Abstimmung sind im Rahmen einer Hauptversammlung nach Absatz 6 Buchstabe b) nicht möglich. Für sie gilt § 17 Absatz 7.

(7) Für die Abteilungsversammlung der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr sowie die Abteilungsversammlungen bei den Altersabteilungen, der Jugendfeuerwehr und den Musikabteilungen gelten die Absätze 1 bis 6 entsprechend.

§ 17 Wahlen

(1) Die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen werden vom Feuerwehrkommandanten geleitet. Steht er selbst zur Wahl, bestellen die Wahlberechtigten einen Wahlleiter.

Bei der Durchführung von Wahlen nach Absatz 7 leitet und organisiert der Bürgermeister oder eine von ihm beauftragte Person, unter Mitwirkung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die Wahl. Die beauftragte Person nach Satz 3 kann ein Angehöriger der Gemeindefeuerwehr sein.

(2) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln durchgeführt. Wahlen in digitaler Form nach Absatz 7 Buchstabe c) werden ohne Stimmzettel durchgeführt.

(3) Bei der Wahl des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen der Wahlberechtigten erhalten hat. Wird diese Stimmenzahl nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen statt, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl und erreicht dieser im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen der Wahlberechtigten erhalten muss.

(4) Die Wahl der Mitglieder des Feuerwehrausschusses wird als Mehrheitswahl ohne das Recht der Stimmenhäufung durchgeführt. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Ausschussmitglieder zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Die nicht gewählten Mitglieder sind in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen Ersatzmitglieder. Scheidet ein gewähltes Ausschussmitglied aus, so rückt für den Rest der Amtszeit das Ersatzmitglied nach, das bei der Wahl die höchste Stimmenanzahl erzielt hat.

(5) Die Niederschrift über die Wahl des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters ist innerhalb einer Woche nach der Wahl dem Bürgermeister zur Vorlage an den Gemeinderat zu übergeben. Stimmt der Gemeinderat der Wahl nicht zu, findet innerhalb von drei Monaten eine Neuwahl statt.

(6) Kommt binnen eines Monats die Wahl des Feuerwehrkommandanten oder seines Stellvertreters nicht zustande oder stimmt der Gemeinderat der Wahl nicht zu, so hat der Feuerwehrausschuss dem Bürgermeister ein Verzeichnis aller Angehörigen der Feuerwehr vorzulegen, die sich aufgrund ihrer Ausbildung und Bewährung im Feuerwehrdienst zur kommissarischen Bestellung (§ 8 Abs. 2 Satz 3 FwG) eignen.

- (7) Sofern die Hauptversammlung nach § 16 Absatz 6 nicht in Form einer Präsenzveranstaltung durchgeführt wird, entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, ob
- (a) die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen und Beschlussfassungen in geheimer Abstimmung in einer Präsenzversammlung (Wahlversammlung) durchgeführt werden oder
 - (b) zu treffende Beschlüsse in der bzw. die Wahlen durch die Versammlung in Form einer Briefwahl herbei- bzw. durchgeführt werden oder
 - (c) zu treffende Beschlüsse in der bzw. die Wahlen durch die Versammlung in Form einer Online-Abstimmung bzw. -Wahl herbei- bzw. durchgeführt werden.
- (8) Für die Wahlen in den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr und den Abteilungen bei den Altersabteilungen, der Jugendfeuerwehr und den Musikabteilungen gelten die Absätze 2 bis 7 sinngemäß.

§ 18 Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)

- (1) Für die Feuerwehr wird ein Sondervermögen für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen gebildet.
- (2) Das Sondervermögen besteht aus
- 1. Zuwendungen der Gemeinde und Dritter,
 - 2. Erträgen aus Veranstaltungen,
 - 3. sonstigen Einnahmen,
 - 4. mit Mitteln des Sondervermögens erworbenen Gegenständen.
- (3) Der Feuerwehrausschuss stellt mit Zustimmung des Bürgermeisters einen Wirtschaftsplan auf, der alle im Haushaltsjahr zur Erfüllung der Aufgaben der Kameradschaftskasse voraussichtlich eingehenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben enthält. Ausgaben können für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden. Über- und außerplanmäßige Ausgaben können zugelassen werden, wenn ihre Deckung gewährleistet ist. Außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bürgermeisters. Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren dürfen nur eingegangen werden, wenn der Wirtschaftsplan dazu ermächtigt.
- (4) Über die Verwendung der Mittel beschließt der Feuerwehrausschuss. Der Feuerwehrausschuss kann den Feuerwehrkommandanten ermächtigen, über die Verwendung der Mittel bis zu einer bestimmten Höhe oder für einen festgelegten Zweck zu entscheiden. Der Feuerwehrkommandant vertritt bei Ausführung des Wirtschaftsplans den Bürgermeister.
- (5) Die für das Sondervermögen eingerichtete Sonderkasse (Kameradschaftskasse) ist jährlich mindestens einmal von zwei Rechnungsprüfern, die von der Hauptversammlung auf fünf Jahre bestellt werden, zu prüfen. Der Rechnungsabschluss ist dem Bürgermeister vorzulegen.
- (6) Für die Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr und die Jugendfeuerwehr werden ebenfalls Sondervermögen im Sinne des Absatzes 1 gebildet. Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend; an die Stelle des Feuerwehrkommandanten, des Feuerwehrausschusses und der Hauptversammlung treten der Abteilungskommandant, der Abteilungsausschuss und die Abteilungsversammlung.

§ 19 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Feuerwehrsatzung vom 14.01.2011 außer Kraft.

Hinweise:

Eine Satzung, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung zustande gekommen ist, gilt ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Stadt Möckmühl unter Bezeichnung des Sachverhalts, die die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 dieses Hinweises geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 dieses Hinweises genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen (§ 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3. Oktober 1983 - GBl. S.577, 720 - zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8.November 1993 - GBl. S. 657).

Möckmühl, 23.02.2021

Stammer, Bürgermeister

Anlagen:

Erläuterungen zur Änderung der Feuerwehrsatzung

Anlage 1 zu TOP - Erläuterungen zur Änderung der Feuerwehrsatzung -

Das Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg und des Landeskatastrophenschutzgesetzes vom 17. Dezember 2015 wurde im Gesetzesblatt Nr. 25 auf Seite 1184 veröffentlicht und ist am 30. Dezember 2015 in Kraft getreten.

Wesentliches Ziel der Gesetzesänderung war es, den Personalbestand der Feuerwehren zu sichern, die Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren zu verbessern, und das Feuerwehrgesetz an die tatsächlichen und rechtlichen Veränderungen sowie an die Erfahrungen der Praxis aus den letzten Jahren anzupassen.

Im Einzelnen wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- • Der Gemeindefeuerwehr können künftig Personen angehören, die nur einzelne Tätigkeiten des Feuerwehrdienstes wahrnehmen, § 14 Absatz 3 Satz 2 FwG.
- • Die Regelungen über die Anforderungen und den Ersatz der Kosten der Überlandhilfe werden den Bedürfnissen der Praxis angepasst, § 26 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2 FwG.
- • Die Regelungen über die Mitwirkung ehrenamtlich tätiger Angehöriger von im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen stellt klar, dass sie in diesen Fällen hinsichtlich der Ansprüche auf Schadensersatz sowie Ersatz des Verdienstausfalls den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen gleichgestellt sind und die Ansprüche gegenüber der Gemeinde den Hilfe leistenden Personen unmittelbar zustehen, § 30 Absatz 2 Satz 1 und 3, Absatz 4 FwG.
- • Die Vorschriften zur Berechnung und Erhebung des Kostenersatzes für Einsätze der Gemeindefeuerwehr wurden zur Klarstellung und Vereinfachung neu gefasst. Dies soll den Gemeinden ermöglichen, für die Gemeinden und die Zahlungspflichtigen angemessene Kostenersatzes für die Leistungen der Feuerwehr zu erheben, § 34 FwG.

Unabhängig von der Novellierung des Feuerwehrgesetzes 2015 wurden im Januar 2021 folgende Änderungen des Musters vorgenommen:

- • In Ausnahmefällen kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe bzgl. der Durchführung der Hauptversammlung vom Grundsatz der Präsenzveranstaltung abgewichen werden (§ 16 Abs. 6).

Die Hauptversammlung kann in diesen Fällen auf einen zeitnahen Termin - jedoch maximal bis zu einem Jahr - verschoben werden (§ 16 Abs. 6 Buchstabe a)) oder in digitaler Form abgehalten werden (§ 16 Abs. 6 Buchstabe b)).

- • Sofern die Hauptversammlung nach § 16 Abs. 6 nicht in Form einer Präsenzveranstaltung durchgeführt wird, enthält § 17 Abs. 7 die Regelungen für alternative Formate zur Durchführung von Wahlen und Abstimmungen. Hierüber entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses.

Novelle 2009

Durch die Novelle 2009 (Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes vom 10.11.2009, GBl. S. 633, in Kraft seit 19.11.2009) i. V. mit der Neufassung des Feuerwehrgesetzes vom 02.03.2010 (GBl. Nr. 6 vom 09.04.2010, S. 333)³ ergaben sich bei den Ermächtigungen für Regelungen in der Satzung der Gemeinde für eine Freiwillige Feuerwehr Änderungen. Diese werden an dieser Stelle aufgeführt und um die Änderungen aus dem Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg und des Landeskatastrophenschutzgesetzes vom 17. Dezember 2015 ergänzt.

2 Veröffentlicht im Gesetzblatt Nr. 20 vom 18.11.2009, zum Inkrafttreten am Tag nach der Bekanntmachung siehe Art. 3 des Änderungsgesetzes.

3 Ermächtigung zur Neubekanntmachung siehe Art. 2 des Änderungsgesetzes.

Die bisherigen und die geänderten Vorschriften des Feuerwehrgesetzes werden in der Präambel genannt:

§ 6 Abs. 1 Satz 3 Organisation der Gemeindefeuerwehr – Gliederung und Verwaltung

"Gliederung und Verwaltung der Gemeindefeuerwehr sind durch Satzung zu regeln."

§ 6 Abs. 3 Organisation der Gemeindefeuerwehr – Übungsdienst in für Angehörige der Musikabteilung

"Angehörige der Musikabteilung sind beim aktiven Wahlrecht nach § 10 und bei staatlichen Ehrungen Angehörigen einer Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr gleichgestellt, wenn sie an einer feuerwehrspezifischen Grundausbildung erfolgreich teilgenommen haben, nach Maßgabe der Satzung regelmäßigen Übungsdienst leisten und für Einsätze zur Verfügung stehen. "

§ 7 Abs. 1 Satz 1 Angehörige der Gemeindefeuerwehr – Rechte und Pflichten der Angehörigen

"Die Rechte und Pflichten der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind durch Satzung zu regeln, soweit sie sich nicht aus dem Gesetz ergeben."

§ 8 Abs. 2 Satz 2 Leitung der Gemeindefeuerwehr – verkürzte Amtszeit

"Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Feuerwehr- oder Abteilungskommandanten oder eines Stellvertreters kann die Amtszeit für den Nachfolger verkürzt werden; das Nähere ist durch Satzung zu regeln."

§ 10 Abs. 2 Satz 1 Feuerwehrausschuss, Abteilungsausschüsse – Wahl von Abteilungsausschüssen

"Durch Satzung kann bestimmt werden, dass die Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr aus ihrer Mitte Abteilungsausschüsse für die Dauer von fünf Jahren wählen."

§ 10 Abs. 3 Feuerwehrausschuss, Abteilungsausschüsse - Wahlverfahren, Zusammensetzung, weitere angehörige

"Wahlverfahren, Zusammensetzung und Geschäftsordnung sind durch Satzung zu regeln. Dabei können weitere Angehörige der Gemeindefeuerwehr zu Mitgliedern des Feuerwehrausschusses und der Abteilungsausschüsse bestimmt werden."

§ 18 Abs. 1 Satz 1 Sondervermögen für die Kameradschaftspflege – Bildung von Sondervermögen

"Die Gemeinden können durch Satzung für die Gemeindefeuerwehr, für deren Einsatzabteilungen und für die Jugendfeuerwehr Sondervermögen für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen bilden."

§ 18 Abs. 4 Sondervermögen für die Kameradschaftspflege – Wirtschaftsplan, Sonderkasse und Sonderrechnung

"Das Nähere über

1. den Inhalt und die Ausführung des Wirtschaftsplans,
2. die Führung und Beaufsichtigung der Sonderkasse und
3. die Führung der Sonderrechnung

wird durch Satzung geregelt."

Fachberater (Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen) können in die Gemeindefeuerwehr aufgenommen werden. Deren Dienstpflichten, Aufnahme und der Beendigung des Feuerwehrdienstes können im Einzelfall abweichend von § 11 Abs. 1 und 2, § 13 Abs. 1 Nr. 5 und § 14 FwG geregelt werden. § 3 Abs. 4 des Musters wiederholt diese Ermächtigung für Abweichungen im Einzelfall ohne nähere Ausgestaltung der Abweichungen.

Das Feuerweggesetz enthält außerdem weitere Satzungsermächtigungen

§ 12 Heranziehung zum Dienst in der Gemeindefeuerwehr

§ 16 Entschädigung (der Feuerwehrangehörigen für Auslagen und Verdienstaussfall)

§ 34 Abs. 4 und 5 S. 2 Kostenersatz (für Feuerwehreinsätze)

Übernahme des Wortlauts des Feuerweggesetzes

Die Satzung schöpft die Ermächtigung des Feuerweggesetzes aus und wiederholt teilweise wörtlich oder auch inhaltlich Vorschriften des Feuerweggesetzes.

Die Satzung kann eigenständige Regelungen nur enthalten, soweit sie sich nicht aus dem Feuerweggesetz ergeben (§ 7 Abs. 1 Satz 1 FwG: "... soweit sie sich nicht aus dem Gesetz ergeben"), d. h. wenn das Feuerweggesetz keine Regelung enthält oder soweit es abweichende Regelungen zulässt. Die Satzung wiederholt – entsprechend der bisherigen Systematik des Musters aus dem Jahre 1988 – die Regelungen des Feuerweggesetzes entweder im Wortlaut oder in geringer Abweichung. Dies sind dann keine eigenständigen Regelungen; der Wortlaut des Feuerweggesetzes ist für die Rechtslage maßgebend.

In den Besprechungen mit dem Innenministerium und dem Landesfeuerwehrverband wurde überlegt, auf die Wiedergabe des Wortlauts des Feuerweggesetzes zu verzichten bzw. die maßgebenden Vorschriften in eine Anlage zur Satzung aufzunehmen. Im Hinblick auf die bessere Lesbarkeit und die Zusammenfassung in einer Satzung wurde die Praxis des Musters 1988 beibehalten. Das schließt selbstverständlich eine Zweiteilung in eigenständige Satzungsregelung und Text des Feuerweggesetzes nicht aus.

Nach der Ermächtigungsnorm der Gemeindeordnung (§ 4) und denen des Feuerweggesetzes (s. o.) ist es nicht zwingend erforderlich, in der Einleitungsformel einer Satzung ihre Ermächtigungsgrundlagen zu zitieren⁴. Nach ständiger Rechtsprechung macht das Fehlen der

⁴ Dagegen Zitiergebot für Rechtsverordnungen: Art. 80 Abs. 1 Satz 3 GG und Art. 61 Abs. 1 Satz 3 LV BW

Angabe einer Ermächtigungsgrundlage die Satzung nicht ungültig, da das strenge Zitiergebot des Grundgesetzes und der Landesverfassung für kommunale Satzungen nicht gilt; Entscheidend ist vielmehr allein, dass tatsächlich eine Rechtsgrundlage für die jeweilige Satzung gegeben ist⁵.

⁵ Siehe BVerwGE 18, 324; VGH Baden-Württemberg, BWVPr. 1975, 228; BVerfGE 32, 349; BVerfGE 49, 342.

⁶ Im bisherigen Muster als Spielmannszug bezeichnet.

⁷ oder ein Spielmanns- und Fanfarenzug bzw. eine vergleichbare Einrichtung

⁸ <http://www.feuerwehrmusik-bw.de/>

Zu § 1: Name und Gliederung der Freiwilligen Feuerwehr

Absatz 1 entspricht der Formulierung des § 1 Abs. 1 Satz 1 FwG.

Die "Gemeindefeuerwehr besteht aus mindestens einer Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr (§ 6 Abs. 1 Satz 2 FwG).

Die Gemeindefeuerwehr kann daneben auch eine Einsatzabteilung mit

- Angehörigen der Berufsfeuerwehr oder

- hauptamtlichen Kräften

aufstellen (§ 6 Abs. 1 Satz 2 FwG).

Besteht die Gemeindefeuerwehr nur aus einer oder mehreren Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr, führt sie die Bezeichnung "Freiwillige Feuerwehr" (§ 6 Abs. 1 Satz 4 FwG).

Die Gemeindefeuerwehr führt die Bezeichnung "Feuerwehr", wenn eine Einsatzabteilung der Berufsfeuerwehr oder eine Einsatzabteilung mit hauptamtlichen Kräften eingerichtet ist (§ 6 Abs. 1 Satz 5 FwG).

Das vorliegende Satzungsmuster ist für "Freiwillige Feuerwehr" bestimmt.

Wie bisher wird in der gesamten Satzung die Formulierung "Feuerwehr" verwendet. Die Mitglieder der Feuerwehr werden als "Angehörige der Gemeindefeuerwehr" bezeichnet (siehe § 7 FwG – Angehörige der Gemeindefeuerwehr).

Musikabteilung

Das Feuerwehrgesetz stellt die Mitglieder der Musikabteilung den Angehörigen einer Einsatzabteilung gleich, wenn sie eine feuerwehrspezifische Grundausbildung nachweisen und bestimmten Feuerwehrdienst leisten (Näheres siehe § 6 Abs. 3 FwG). Ein Musikzug ist nur dann Teil der Feuerwehr der Gemeinde, wenn er in der örtlichen Satzung geregelt ist und die Mitglieder im Musikzug Angehörige der Musikabteilung im Rahmen der örtlichen Feuerwehrsatzung sind. Besteht der Musikzug⁷ aus Personen, die nicht Mitglied der Feuerwehr sind, kann diese Einrichtung nicht der Gemeindefeuerwehr zugerechnet werden. Die Gemeinde wird die Ausrüstungsgegenstände für einen Spielmanns- und Fanfarenzug nur dann beschaffen, wenn dieser ein Teil der Gemeindefeuerwehr ist. Im Übrigen können Spielmanns- und Fanfarenzüge wie musiktreibende Vereine in der Gemeinde behandelt werden.

Weitere Informationen zur Feuerwehrmusik im Internet bei "Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg Arbeitskreis Musik"⁸, mit umfangreichen Informationen zur Feuerwehrmusik.

Jugendfeuerwehr / Musikabteilungen

Das Feuerwehrgesetz bezeichnet die "Abteilung" für die jugendlichen Feuerwehrangehörigen als "Jugendfeuerwehr" und die Abteilung für die Feuerwehrmusik als "Musikabteilung" (§ 6 Abs. 1 Satz 2 FwG). Auf Grund der Entwicklung der vergangenen Jahre und der Bedeutung dieser Abteilung sind dafür regelmäßige Vorschriften in die Feuerwehrsatzung vorgesehen.

Löschzüge

Löschzüge sind im Muster für eine Feuerwehrsatzung nicht geregelt⁹.

9 Während das Muster 1980 noch Regelungen vorsah, enthielt das Muster 1988 keine Regelungen mehr. Der Löschzug ist nach Feuerwehr-Dienstvorschrift FwDV 3 Einheiten im Lösch- und Hilfeleistungseinsatz (Februar 2008) ein Zug der Feuerwehr. Er ist eine taktische Einheit und besteht aus dem Zugführer, dem Zugtrupp als Führungseinheit und aus Gruppen, Staffeln und/oder selbstständigen Trupps. Der Zug hat in der Regel eine Mannschaftsstärke von 22.

10 Die Angehörigen der Gemeindefeuerwehren werden aufgrund überkommener Praxis und tatsächlicher Übung bei der Regelung des Straßenverkehrs zum Beispiel bei örtlichen Festen, bei Umzügen oder Prozessionen eingesetzt. Dabei stellt sich die Frage nach der Haftung der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, wenn durch Fehlanweisungen, Irrtum oder Missverständnisse Personen- oder Sachschäden entstehen. Mit dieser Rechtsfrage befasste sich ein Antrag im Landtag (Landtags-Drucksache 10/3975 – siehe Wortlaut auch in BWGZ 1991, 144).

11 Hildinger/Rosenauer, Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg, 4. Auflage 2017, § 6, Rn. 36.

Einrichtung der Gemeinde

Die Feuerwehr ist nach dem Feuerwehrgesetz (s. § 1 Abs. 1 Satz 1) eine

- Einrichtung der Gemeinde
- ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Im Außenverhältnis handeln die Verantwortlichen der Feuerwehr für die Gemeinde. Für Verpflichtungserklärungen gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung (insbes. § 54 GemO). Treten die Feuerwehrangehörigen als solche nach außen auf, ist diese Tätigkeit (regelmäßig) auch der Gemeinde zuzurechnen. Es ist daher wohl kaum möglich, das Handeln der Angehörigen der Feuerwehr aufzuspalten in Tätigkeiten als Feuerwehr i. S. des Feuerwehrgesetzes und als Tätigkeiten einer Einrichtung der Gemeinde einerseits und "privates" Tun andererseits. So ist beispielsweise die Mitwirkung an kommunalen Straßenfesten zwar keine Aufgabe nach dem Feuerwehrgesetz, jedoch Feuerwehrdienst im weiteren Sinne¹⁰. Dies hat weitreichende Konsequenzen und zwar nicht nur für die Verantwortung, sondern auch für das Weisungsrecht des Bürgermeisters und die Behandlung als Feuerwehrdienst (Rechte und Pflichten der Angehörigen der Feuerwehr).

Berücksichtigt werden muss aber bei diesen rechtlichen Fragen auf jeden Fall die bisher bestehende örtliche Praxis und ihre (tatsächliche oder formelle) Sanktionierung durch die Gemeindeverwaltung.

Jede Gemeinde muss gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3 FwG eine Feuerwehrsatzung/Feuerwehrabteilungssatzung erlassen.¹¹ Es handelt sich somit um eine Pflichtsatzung.

Zu § 2: Aufgaben

Zu Absatz 1

Absatz 1 ist wortgleich mit § 2 Abs. 1 FwG (Definition der Pflichtaufgaben der Feuerwehr).

Zu Absatz 2

Absatz 2 ist identisch mit § 2 Abs. 2 FwG (Definition der Kann-Aufgaben der Feuerwehr), jedoch zusätzlich mit der Zuständigkeit des Bürgermeisters für die Beauftragung.

Nach der gesetzlichen Beschreibung der Kann-Aufgaben im Feuerwehrgesetz mit der Zuständigkeit der "Gemeinde" enthält das Muster für eine Feuerwehrsatzung in Verbindung mit der örtlichen Hauptsatzung die Ermächtigung des Bürgermeisters, die Aufgaben der Feuerwehr um Hilfeleistungen bei anderen Notlagen und Aufgaben der Brandverhütung zu erweitern.

Dabei ist jedoch die kommunalverfassungsrechtliche Zuständigkeitsverteilung zwischen Gemeinderat und Bürgermeister zu beachten. Bei den beschriebenen Aufgaben handelt es sich regelmäßig nicht mehr um Geschäfte der laufenden Verwaltung. Das Eilentscheidungsrecht des Bürgermeisters bleibt unberührt. Die Übertragung der genannten Aufgaben auf Dauer auf den Bürgermeister bedarf der Entscheidung des Gemeinderats als dem Hauptorgan der Gemeinde. Die Feuerwehrsatzung kann daher diese Zuständigkeitsübertragung nicht regeln, dies bleibt der Hauptsatzung überlassen. Daher ist nur eine nachrichtliche Übernahme der in der Hauptsatzung getroffenen Zuständigkeit vorgesehen.

In der örtlichen Hauptsatzung ist regelmäßig entsprechend dem Muster des Gemeindetags für eine Hauptsatzung in § 11 Abs. 2 die Regelung enthalten, wonach dem Bürgermeister / Oberbürgermeister die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 FwG zur Erledigung dauernd übertragen werden. Die Formulierung war bereits im Muster 1988 enthalten und in das Muster für eine Hauptsatzung übernommen worden¹²:

12 § 11 Abs. 2 Nr. 2.12. Siehe Muster in BWGZ 2000, 503.

13 Siehe bereits die Rechtsänderung mit der Novelle 1968, Darstellung in BWGZ 1969, 9).

14 Landtags-Drucksache 14/5103 vom 15.09.2009, S 39 (zum damaligen § 10, jetzt seit der Neufassung des Feuerwehrgesetzes § 11).

15 § 11 Abs. 1 Nr. 1 FwG

"2.13 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz."

Die in § 2 Abs. 3 des bisherigen Musters geregelten weiteren Aufgaben der Feuerwehr (Ausbildung, Fortbildung, Übungen, Förderung der Ausbildung in Erster Hilfe, Mitwirkung im Katastrophenschutz) ergeben sich bereits aus den bestehenden (Rechts-)Vorschriften, auch Feuerwehr-Dienstvorschriften. Dies bedarf keiner Regelung im Muster mehr.

Zu § 3: Aufnahme in die Feuerwehr

Zu Absatz 1

Diese Regelung hat praktische Bedeutung nur für die Aufnahme in die Einsatzabteilung. Der Eintritt in die Jugendfeuerwehr ist in § 7 Abs. 2 des Musters geregelt.

Beim "Eintritt" in die Altersabteilung handelt es sich begrifflich um einen Übertritt in eine andere Abteilung.

In die Feuerwehr können nicht nur Gemeindegewohner, sondern auch Personen aufgenommen werden, die in der Gemeinde lediglich ihren Arbeitsplatz haben, um beispielsweise Feuerwehrdienst am Arbeitsort leisten zu können¹³.

Die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Gemeindefeuerwehr sind mit wörtlicher Übernahme der Voraussetzungen des § 11 FwG bestimmt.

§ 11 FwG wurde durch die Novelle 2009 neu gefasst. Zur Rechtsänderung siehe Begründung zur Novelle 2009¹⁴ und Darstellung der Rechtsänderung in dieser BWGZ

Eintrittsalter 17. Lebensjahr (§ 3 Abs. 1 Nr. 1)¹⁵

Die Novelle 2009 hat das Eintrittsalter in die Einsatzabteilung auf das 17. Lebensjahr herabgesetzt. Damit sollen Jugendliche frühzeitig für die Feuerwehr gewonnen werden und der Übertritt von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung erleichtert werden. Sie dürfen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nur am Übungsdienst der Einsatzabteilung, nicht aber an Einsätzen teilnehmen. Jugendliche sind nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz Beschränkungen beispielsweise hinsichtlich der Arbeitszeit und der Pausenregelungen unterworfen; daneben bestehen bei gefährlichen Arbeiten Beschäftigungsverbote. Die Grundausbildung kann früher begonnen werden. Die Angehörigen der Gemeindefeuerwehr stehen damit bereits ab dem 18. Lebensjahr für Einsätze voll ausgebildet zur Verfügung. Die Jugendfeuerwehr bleibt damit attraktiv.

Gesundheitliche Anforderungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 2)16

16 § 11 Abs. 1 Nr. 2 FwG

17 § 6 Persönliche Anforderungen und Eignung. Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom Juni 2018 (DGUV Vorschrift 49), gültig ab 01. Oktober 2019

18 § 11 Abs. 1 Nr. 4 FwG

19 § 11 Abs. 1 Nr. 7 FwG

Die Angehörigen der Gemeindefeuerwehr müssen den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes gewachsen sein.

Nach der Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren dürfen für den Feuerwehrdienst nur körperlich und fachlich geeignete Feuerwehrangehörige eingesetzt werden¹⁷. In der Unfallverhütungsvorschrift heißt es dazu:

„(1) Die Unternehmerin oder der Unternehmer darf Feuerwehrangehörige nur für Tätigkeiten einsetzen, für die sie körperlich und geistig geeignet sowie fachlich befähigt sind. Bestehen konkrete Anhaltspunkte, aus denen sich Zweifel an der körperlichen oder geistigen Eignung von Feuerwehrangehörigen für die vorgesehene Tätigkeit ergeben, so hat sich die Unternehmerin bzw. der Unternehmer die Eignung ärztlich bestätigen zu lassen.

(2) Feuerwehrangehörige, die unter Einsatzbedingungen – insbesondere bei Gefahren für Leib oder Leben Dritter - im Feuerwehrdienst eingesetzt werden, müssen ihnen bekannte aktuelle oder dauerhafte Einschränkungen ihrer gesundheitlichen Eignung der Unternehmerin oder dem Unternehmer bzw. der zuständigen Führungskraft unverzüglich und eigenverantwortlich melden.

(3) Für die Tätigkeiten, die besondere Anforderungen an die körperliche Eignung von Feuerwehrangehörigen stellen, muss sich die Unternehmerin oder der Unternehmer deren Eignung durch Eignungsuntersuchungen vor Aufnahme der Tätigkeit und in regelmäßigen Abständen ärztlich bescheinigen lassen. Dies gilt für Tätigkeiten unter Atemschutz und als Taucherin bzw. Taucher gemäß Anlage 1. Absatz 1 bleibt unberührt.

(4) Die Unternehmerin oder der Unternehmer hat der Ärztin bzw. dem Arzt vor Untersuchungen nach Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 3 mitzuteilen, für Organisation von Sicherheit und Gesundheitsschutz 8 welche Tätigkeiten unter welchen Bedingungen der oder die betreffende Feuerwehrangehörige vorgesehen ist.

(5) Untersuchungen nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 sind von hierfür geeigneten Ärztinnen oder Ärzten durchführen zu lassen. Für den Umfang der Untersuchungen sind die vorgesehene Tätigkeit und die dabei bestehenden Bedingungen sowie im Fall von Absatz 1 Satz 2 die konkreten Anhaltspunkte maßgebend. Der anerkannte Stand der medizinischen Erkenntnisse ist zu beachten.

(6) Die Unternehmerin oder der Unternehmer hat die Eignungsuntersuchungen zu veranlassen und deren Kosten zu tragen.“

Längere Dienstzeit (§ 3 Abs. 1 Nr. 4)18

Es genügt, sich vor der Aufnahme in die Feuerwehr zur Ableistung einer längeren Dienstzeit bereit zu erklären. Eine Verpflichtung ist nicht mehr erforderlich. Begründet ist dies mit den sehr hohen Erwartungen an die räumliche Mobilität und zeitliche Flexibilität im Berufsumfeld der Beschäftigten, sodass kaum jemand in der Lage ist, sich zu einer längeren Dienstzeit bindend zu verpflichten.

Die Ergänzung des Feuerwehrgesetzes wird im Muster geregelt, dass diese längere Dienstzeit mindestens 10 Jahre betragen soll (§ 3 Abs. 1 Satz 2).

Brandstiftung (§ 3 Abs. 1 Nr. 7)19

Eine Verurteilung wegen Brandstiftung – ausgenommen sind Fälle der fahrlässigen Brandstiftung – führt zur Ungeeignetheit. Mit dem öffentlichen Ansehen der Feuerwehr ist es unvereinbar, wenn Feuerwehrangehörige Brandstifter sind und zwar auch dann, wenn sie ihre Strafe verbüßt haben.

Auf die negativen Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 Nr. 5 i. V. mit Abs. 2 FwG wird in Satz 2 ausdrücklich verwiesen.

Zu Absatz 2 (Probezeit)

Durch die Novelle 2009 wurde die einjährige Probezeit vor der Aufnahme in die Einsatzabteilung eingeführt. Damit können die Beteiligten prüfen, ob sie "zueinander passen". Innerhalb der Probezeit kann der Feuerwehrangehörige – ohne Grund – wieder austreten (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 FwG). Die Nachwuchsgewinnung wird damit erleichtert.

Wie im Feuerwehrgesetz vorgesehen, soll der Feuerwehrangehörige innerhalb der Probezeit an einem Grundausbildungslehrgang teilnehmen²⁰. Dies erleichtert die Nachwuchsgewinnung.

20 § 11 Abs. 2 Satz 2 FwG.

21 § 11 Abs. 2 Satz 3 FwG "aus begründetem Anlass".

22 § 11 Abs. 4 FwG.

Die Probezeit kann verlängert werden, wenn die Entscheidung über die Eignung für den Feuerwehrdienst innerhalb eines Jahres nicht zu treffen ist²¹.

Auf die Probezeit kann verzichtet oder sie kann verkürzt werden, wenn bereits anderweitig ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen im Feuerwehrdienst, zum Beispiel in der Jugendfeuerwehr, erworben und die Eignung nachgewiesen wurde.

Zu Absatz 3 (Fachberater)

Für Fachberater in der Gemeindefeuerwehr enthält das Feuerwehrgesetz folgende Regelungen²²

- Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen können als Fachberater in die Gemeindefeuerwehr aufgenommen werden. Ihre Funktion besteht vor allem in der Beratung der Gemeindefeuerwehren in fachlicher Sicht.

- Die Aufnahme kann im Einzelfall abweichend von den sonst für ehrenamtlich Tätige in der Gemeindefeuerwehr geltenden Vorschriften (also abweichend von § 11 Abs. 1 und 2 FwG) geregelt werden.

- Die Dienstpflichten können im Einzelfall abweichend von den sonst für ehrenamtlich Tätige in der Gemeindefeuerwehr geltenden Vorschriften (also abweichend von § 14 FwG) geregelt werden.

- Die Beendigung des Feuerwehrdienstes kann im Einzelfall abweichend von den sonst für ehrenamtlich Tätige in der Gemeindefeuerwehr geltenden Vorschriften (also abweichend von § 13 Abs. 1 Nr. 5 FwG) geregelt werden.

Das Feuerwehrgesetz bezieht die Ermächtigung auf den Einzelfall. Dies ist so zu verstehen, dass die Satzung keine Detailregelungen enthalten muss, sondern dies der Einzelfallentscheidung überlässt.

Über die Aufnahme entscheidet - wie auch sonst - der Feuerwehrausschuss (§ 11 Abs. 3 Satz 1 FwG), der dann bei jedem einzelnen Antrag auf einzelne Aufnahmevoraussetzungen verzichten kann (z. B. gesundheitliche Anforderungen, Verpflichtung zu längerer Dienstzeit, Teilnahme an einer reduzierten Zahl von Ausbildungsstunden). Über die Abweichung entscheidet der Feuerwehrausschuss zweckmäßigerweise zusammen mit der Aufnahme.

Mit der Novelle 2009 wurde die Möglichkeit geschaffen, für Fachberater auch Ausnahmen von den Regelungen über die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes zuzulassen. Begründet ist dies mit dem in der Praxis bestehenden Bedarf, Menschen mit besonderen Fachkenntnissen auch über das 65. Lebensjahr hinaus bei der Feuerwehr als Fachberater einzusetzen.

Zu Absatz 4 (Aufnahmegesuch, Entscheidung über die Aufnahme)

Das schriftliche Aufnahmegesuch wird regelmäßig auch zugleich die Erklärung zur Bereitschaft für eine längere Dienstzeit von mindestens 10 Jahren enthalten. Dies ist jedoch – anders gegenüber der bisherigen Rechtslage – keine Verpflichtung auf diese Dienstzeit.

Da Jugendliche mit dem 17. Lebensjahr aufgenommen werden können, wird die schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten gefordert.

Die Zustimmungserklärung soll auch die Zustimmung zur Teilnahme an Ausbildungslehrgängen und zur Abgabe der damit zusammenhängenden Willenserklärungen (z.B. Verpflichtungserklärungen nach dem Verpflichtungsgesetz bei der Sprechfunkerausbildung) umfassen.

Fragen und Antworten im Zusammenhang mit der Aufnahme in die Einsatzabteilung einer Freiwilligen Feuerwehr nach dem geänderten Feuerwehrgesetz (Ausgabe: Juni 2010) stehen auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule (Fachthemen – Recht und Organisation – Richtlinien & Hinweise)²³.

²³ <http://www.lfs-bw.de/Fachthemen/RechtOrganisation/Seiten/richtlinienhinweise.aspx> bzw. direkt: http://www.lfs-bw.de/Fachthemen/RechtOrganisation/Documents/Frage_Antwort_Aufnahme.pdf

²⁴ § 11 Abs. 3 Satz 2 und 3 FwG

Der Feuerwehrausschuss ist zuständig für folgende Entscheidungen im Zusammenhang mit der Aufnahme

- Aufnahme auf Probe
- Verkürzung der Probezeit
- Verlängerung der Probezeit
- endgültige Aufnahme.

Über die Aufnahme in die Feuerwehr entscheidet nach der zwingenden gesetzlichen Vorschrift des § 11 Abs. 3 FwG der Feuerwehrausschuss. Eine Übertragung dieser Entscheidungsbefugnis auf den Abteilungsausschuss ist, trotz der verwaltungsmäßigen Zuständigkeit für die Abteilungen, nicht möglich.

Die Verpflichtung ist durch den Feuerwehrkommandanten vorgesehen, der seine Zuständigkeit (z. B. im Einzelfall) auf den Abteilungskommandanten delegieren kann. In der Praxis werden die Angehörigen der Gemeindefeuerwehr in der Haupt- oder Abteilungsversammlung aufgenommen. Nachdem daran – auch bei Abteilungsversammlungen – der Feuerwehrkommandant teilnimmt, wird dieser auch die Verpflichtung vornehmen.

Zu Absatz 5

Die Regelung entspricht wörtlich dem Feuerwehrgesetz²⁴ mit dem Zusatz "vom Bürgermeister", um die Zuständigkeit klar zu bestimmen. Der Bürgermeister kann dies auf Gemeindebedienstete delegieren; dies geschieht nach den Regeln der Gemeindeordnung. Die schriftliche Mitteilung, dass die Aufnahme abgelehnt wurde, ist als Verwaltungsakt anfechtbar.

Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in die Gemeindefeuerwehr besteht jedoch nicht.

Zu Absatz 6

Mit der Aushändigung des Dienstausweises kann auch der Wortlaut der Feuerwehrsatzung der Gemeinde überreicht werden. Diese Aushändigung der örtlichen Feuerwehrsatzung muss weder im Muster, noch in der örtlichen Feuerwehrsatzung geregelt werden.

Auf dem Markt werden Muster bzw. Vordrucke für Feuerwehr-Dienstausweise angeboten.

Zu § 4 Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes

Die Beendigung des Feuerwehrdienstes regelt § 4 des Musters durch eine möglichst weitgehende Übernahme der gesetzlichen Regelung aus § 13 FwG n.F., der die bisherigen Vorschriften des § 12 und 13 FwG a.F. zusammenfasst.

Bei der Vorschrift über die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes ist zu beachten, dass Absatz 1 und Absatz 2 nur für die Angehörigen der Einsatzabteilung gelten, Absatz 3 hingegen gilt für alle Angehörigen (also auch für Mitglieder der Altersabteilung, Jugendfeuerwehr, Musikabteilung).

Die Satzungsvorschrift des § 4 ist wie folgt aufgebaut:

Absatz 1: Beendigungsgründe für Angehörige einer Einsatzabteilung

Absatz 2: Voraussetzungen für die Entlassung auf Antrag und ohne Antrag

Absatz 3: Einreichen des Antrags auf Entlassung

Absatz 4: Anzeigepflicht bei Wegzug aus der Gemeinde.

Absatz 5: Zuständigkeit und Voraussetzungen für die Beendigung aus wichtigem Grund.

Absatz 6: Bescheinigung über Beendigung.

Zu Absatz 1:

Die Satzungsvorschrift übernimmt die gesetzliche Regelung des Feuerwehrgesetzes mit der Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes in einer Einsatzabteilung, gilt also nur für diese Feuerwehrangehörigen.

Der Feuerwehrdienst endet in denen in der Satzung genannten Fällen kraft Satzung bzw. kraft Gesetzes automatisch²⁵.

25 § 13 Abs. 1 FwG.

26 Und § 11 Abs. 2 und 3 FwG.

27 § 3 Abs. 1 Nr. 5 und 7 des Musters bzw. § 11 Abs. 1 Nr. 5 und 7 FwG.

28 § 4 Abs. 1 Nr. 6 und 8 des Musters bzw. § 13 Abs. 1 Nr. 6 und 8 FwG.

Es gibt keine Unterscheidung zwischen Entlassung (= ehrenhaftes Ausscheiden), Ausschluss (= unehrenhaftes Ausscheiden) und Beendigung kraft Gesetzes. Nach dem Feuerwehrgesetz und damit nach der Satzung gibt es nur noch die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes.

Bei der Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes nach Absatz 1 gibt es keine Entscheidung, sondern nur die Feststellung, dass der Feuerwehrdienst beendet ist.

Der Feuerwehrdienst endet, wenn die Probezeit nicht bestanden wird oder der Feuerwehrangehörige bis zum Ablauf der Probezeit seinen Austritt erklärt. Dies ist die Konsequenz aus der Einführung einer Probezeit in § 3 Abs. 2 des Musters²⁶.

Ein Hindernis für die Aufnahme in die Einsatzabteilung ist Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter und die Verurteilung wegen Brandstiftung²⁷. Treten diese Voraussetzungen während der Mitgliedschaft in der Einsatzabteilung ein, endet der Feuerwehrdienst automatisch²⁸. Wer nicht in die Feuerwehr aufgenommen werden kann, weil er die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder weil er wegen Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, soll auch nicht weiter Mitglied der Gemeindefeuerwehr bleiben können, wenn diese Umstände nach dem Eintritt in die Feuerwehr eintreten.

Zu Absatz 2

Die Satzungsvorschrift regelt die Entlassung aus dem ehrenamtlichen Feuerwehrdienst auf Antrag, die der Bürgermeister ausspricht.

Im Falle des Wohnsitzwechsels und der Verlegung der Arbeitsstätte in eine andere Gemeinde kann der Feuerwehrangehörige die Beendigung des Feuerwehrdienstes beantragen wie auch der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses die Beendigung ohne Antrag aussprechen kann. In beiden Fällen kann dies dazu führen, dass der Dienst der Gemeindefeuerwehr nicht mehr möglich und daher eine Entlassung auch ohne Antrag angezeigt ist. Das Feuerwehrgesetz knüpft die

Beendigung auf Antrag daran, dass der Angehörige der Gemeindefeuerwehr seine Wohnung in eine andere Gemeinde "verlegt". Das Verlegen der Wohnung in eine andere Gemeinde bedingt, dass mit der Aufgabe der Wohnung gleichzeitig eine neue Wohnung bezogen wird. Die gesetzliche Regelung soll aber erkennbar auch gelten, wenn der Angehörige der Gemeindefeuerwehr bereits in einer anderen Gemeinde eine Wohnung bewohnt, aber in der Gemeinde, in der er der Feuerwehr angehört, seine Wohnung aufgibt.

Die Anzeigepflicht soll sicherstellen, dass der Feuerwehrkommandant bzw. der Abteilungskommandant einen Überblick über die Funktionsfähigkeit der Gemeindefeuerwehr behält und die Einsatzfähigkeit sicherstellen kann.

Bei Abteilungen ist die Anzeige gegenüber dem Abteilungskommandanten zu erstatten.

Im Falle der Beendigung des Feuerwehrdienstes ohne Antrag ist der Betroffene vor einer Entscheidung anzuhören.

Der Bürgermeister bleibt darüber hinaus unbenommen, auch einen Beschluss des Gemeinderates herbeizuführen (Anhörung zur Meinungsbildung).

Die Entlassung bei Wohnungswechsel ohne Antrag des Feuerwehrangehörigen wird der Bürgermeister regelmäßig nur unter Mitwirkung des Kommandanten anordnen (z. B. wenn sich zeigt, dass ein effektiver Feuerwehrdienst durch den Feuerwehrangehörigen nicht mehr zu leisten ist).

Da der Abteilungsausschuss und der Abteilungskommandant bei der Aufnahme in die Feuerwehr mitwirkt (s. § 3 Abs. 3), sind Anträge auf Entlassung über den Abteilungskommandanten beim Feuerwehrkommandanten einzureichen.

Zu Absatz 4

Wie bisher hat der Feuerwehrangehörige die Verlegung seines Wohnsitzes bzw. – wenn er nicht in der Gemeinde wohnt – die Verlegung seiner Arbeitsstätte in eine andere Gemeinde dem Feuerwehrkommandanten anzuzeigen.

Denkbar ist auch die Zuständigkeit des Abteilungskommandanten.

Die Meldepflicht für den Wohnsitzwechsel gilt nur, wenn der Angehörige der Gemeindefeuerwehr aus der Gemeinde selbst wegzieht. Für Flächengemeinden mit vielen Ortsteilen kann es sich anbieten, eine Meldepflicht für den Wechsel der Wohnung von einem Ortsteil in einen anderen Ortsteil einzuführen. Diese Meldepflicht kann durch eine interne Regelung eingeführt werden.

Zu Absatz 5 Beendigung aus wichtigem Grund

Die Satzungsregelung übernimmt die durch die Novelle 2009 in das Feuerwehrgesetz wesentlich erweiterte Vorschrift und ermächtigt den Gemeinderat, nach Anhörung des Feuerwehrausschusses den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst eines Feuerwehrangehörigen aus wichtigem Grund zu beenden²⁹. Aufgeführt werden beispielhafte, und damit nicht abschließende Gründe.

²⁹ § 13 Abs. 3 FwG.

Neu sind die Gründe wegen Schädigung des Ansehens der Feuerwehr und Störung des Zusammenlebens in der Gemeindefeuerwehr. In der Vergangenheit ist es immer wieder zu Problemen bis hin zu Gerichtsverfahren mit Feuerwehrangehörigen gekommen, deren Feuerwehrdienst mangels einer rechtlichen Grundlage nicht beendet werden konnte, obwohl sie das Ansehen der Feuerwehr erheblich geschädigt hatten oder eine Zusammenarbeit mit ihnen auf Grund ihres störenden Verhaltens in der Gemeindefeuerwehr unmöglich geworden war. Für die Tätigkeit der Feuerwehr, insbesondere im Einsatz, ist es aber absolut notwendig, dass die Zusammenarbeit unter den Feuerwehrangehörigen reibungslos funktioniert.

Ziel für einen Ausschluss durch den Gemeinderat ist die Sicherstellung der Einsatzfähigkeit und der Schutz des Ansehens der Feuerwehr.

Die Beendigung des Feuerwehrdienstes aus wichtigem Grund ist ein belastender Verwaltungsakt; vor einer den Betroffenen belastenden Maßnahme besteht die Verpflichtung zur Anhörung nach § 28 LVwVfG. Diese Verpflichtung wurde in das Feuerwehrgesetz³⁰ und damit auch als Satzungsregelung übernommen. Der Betroffene kann daher vor der abschließenden Maßnahme seine Sicht der Dinge darstellen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss bei der Entscheidung beachten werden.

³⁰ § 13 Abs. 3 Satz 3 FwG.

³¹ § 13 Abs. 1 Nr. 4 FwG sowie § 4 Abs. 1 Nr. 4 des Musters.

³² § 8 Abs. 2 Satz 1 FwG.

³³ § 8 Abs. 2 Satz 1 FwG.

³⁴ § 10 Abs. 1 und 2 FwG.

Zuständig ist danach der Gemeinderat, der Feuerwehrausschuss ist zuvor zu hören. In der Satzung kann von der Zuständigkeit dieser beiden Gremien nicht abgewichen werden.

Zu Absatz 6 Bescheinigung

Die Bescheinigung über die Zugehörigkeit zur Feuerwehr ist in jedem Fall nach der Beendigung des Feuerwehrdienstes kraft Gesetzes/kraft Satzung und bei Beendigung auf Antrag und Beendigung ohne Antrag auszustellen, wenn dies beantragt wird (also nicht allein im Zusammenhang mit dem Wohnsitzwechsel).

Die Bescheinigung enthält zweckmäßigerweise Angaben über die Dienstzeit und Funktionen bei der Gemeindefeuerwehr.

Der Dienstausweis und die dem Angehörigen der Gemeindefeuerwehr überlassenen Ausrüstungsstücke sind einzuziehen; einer Regelung in der Satzung bedarf dies jedoch nicht.

Anmerkung

Bei weiblichen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind die Mutterschutzvorschriften zu beachten. Die dort vorgeschriebenen Schutzfristen können im Hinblick auf die Tätigkeit in der Gemeindefeuerwehr für die Zeit vor und nach der Geburt verlängert werden. Es ist davon auszugehen, dass durch Schwangerschaft der Feuerwehrdienst nicht endet, da die Feuerwehrtauglichkeit nur vorübergehend nicht mehr gegeben ist. Das Feuerwehrgesetz und die Satzung nennen als gesetzliche Gründe für die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes, dass er den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes nicht mehr gewachsen ist³¹. Entsprechend der bisherigen Rechtslage ist aber davon auszugehen, dass eine "dauernde" Dienstunfähigkeit" erforderlich ist. Unterbrechungen des Feuerwehrdienstes infolge Schwangerschaft gelten daher als Dienstzeit.

Zu § 5: Rechte und Pflichten der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr

Die Satzungsregelung regelt entsprechend § 14 FwG die "Dienstpflichten" der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr.

Die Satzungsregelung gilt

- für die Angehörigen der Einsatzabteilungen (Absätze 1 und 6)
- für alle Angehörigen der Gemeindefeuerwehr (Absätze 2 bis 5, 7 bis 9).

Zu Absatz 1

Die Angehörigen der Einsatzabteilung haben das Wahlrecht für

- den Feuerwehrkommandanten/Abteilungskommandanten³²
- seine Stellvertreter³³
- den Feuerwehrausschuss/Abteilungsausschuss³⁴.

Wahlrecht aufgrund § 8 Abs. 2 und 4 sowie § 10 Abs. 1 FwG.

Die Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr können lediglich den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten wählen (siehe § 8 Abs. 2 FwG). Der hauptberuflich tätige Feuerwehrkommandant (gilt auch für Abteilungskommandanten und die entsprechenden Stellvertreter - falls hauptberuflich tätig -) wird vom Gemeinderat - im Einvernehmen mit dem Bürgermeister - bestellt, da es sich um einen Gemeindebediensteten handelt (siehe § 24 Abs. 2 GemO); vor der Bestellung ist jedoch der Feuerwehrausschuss bzw. der Abteilungsausschuss zu hören (siehe § 8 Abs. 3 FwG).

Das Feuerwehrgesetz nennt nun bei den Kommandanten "sein Stellvertreter oder seine Stellvertreter". In den Erläuterungen zum bisherigen Muster war schon darauf hingewiesen worden, dass in der Satzung mehrere Stellvertreter vorgesehen werden können.

Das Muster sieht nur einen Stellvertreter vor. Bei mehreren Stellvertretern wäre die örtliche Satzung entsprechend anzupassen.

Zu Absätze 2 bis 5

Die hier aufgeführten Rechte gelten für alle ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, also auch für die Angehörigen der Altersabteilung, der Jugendfeuerwehr und der Musikabteilung. Der in § 5 Absatz 2 genannte Verweis auf die örtliche Satzung entfällt, wenn keine vorhanden ist.

Hauptamtliche Kräfte einer Freiwilligen Feuerwehr

Das Feuerweggesetz stellt es den Gemeinden frei, hauptamtliche Kräfte im Feuerwehrdienst zu beschäftigen. Dies ergibt sich sowohl aus der Ermächtigung, die Rechte und Pflichten der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr zu regeln³⁵, als auch aus dem Grundsatz der Ehrenamtlichkeit, "soweit sie nicht nach den allgemeinen für Gemeindebedienstete geltenden Vorschriften angestellt sind"³⁶.

35 § 7 Abs. 1 Satz 1 FwG.

36 § 7 Abs. 2 Satz 1 FwG.

Diese hauptamtlichen Kräfte sind Angehörige der Gemeindefeuerwehr im Sinne des § 7 Absatz 1 FwG.

- Beamte

Die Feuerwehr hat unstreitig hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Daher sind die hauptamtlichen Kräfte grundsätzlich als Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes einzustellen (vgl. Art. 33 Abs. 4 GG und § 3 Abs. 2 BeamStG). Die zunehmende Technisierung der Feuerwehreinsätze erfordert für die beamteten hauptamtlichen Kräfte der freiwilligen Feuerwehren regelmäßig die Ausbildung zum Beamten des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes.

- Beschäftigte (im Einsatzdienst)

Werden die hauptamtlichen Kräfte im Feuerwehrdienst nicht ins Beamtenverhältnis übernommen (weil sie die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen), sind sie – zumindest in größeren Städten – als sog. Beschäftigte im kommunalen feuerwehrtechnischen Dienst zu beschäftigen. Im Einzelfall ist zu prüfen und nach den TVöD-Regeln zu entscheiden, ob diese Beschäftigte ausschließlich im Verwaltungsdienst tätig bzw. mit der Wartung von Fahrzeugen und Geräten betraut sind (Gerätewart). Davon zu trennen sind die kommunalen Beschäftigte, zu deren Tätigkeitsfeld die Betreuung der Fahrzeuge und Geräte der Gemeindefeuerwehr gehört, die aber im Einsatzfall als ehrenamtlich tätige Angehörige der Gemeindefeuerwehr handeln.

Absatz 5 Dienstpflichten

Wortlaut wie § 14 Abs. 1 FwG.

Absatz 6

Die Satzungsregelung enthält eine Anzeigepflicht für die Angehörigen der Einsatzabteilung. Eine Ortsabwesenheit von länger als zwei Wochen ist anzuzeigen. Zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der Gemeindefeuerwehr an Wochenenden und Feiertagen ist eine Änderung dieser Frist nicht erforderlich. Der zunehmende Wochenendurlaub (auch Kurzurlaube) bei Angehörigen der Gemeindefeuerwehr kann die Einsatzfähigkeit der Gemeindefeuerwehr herabsetzen, da dem Feuerwehrkommandanten dann u. U. nicht bekannt ist, welche Angehörige der Gemeindefeuerwehr noch einsatzbereit sind. In der Praxis auftretende oder denkbare Schwierigkeiten können durch organisatorische Überlegungen gelöst werden (z. B. Samstags-Bereitschaft).

Die Anzeigepflicht ist nur bei Angehörigen der Einsatzabteilungen notwendig. Bei den Mitgliedern der anderen Abteilungen dürfte für eine vergleichbare Anzeigepflicht keine Notwendigkeit bestehen.

Absatz 7 Vorübergehende und dauerhafte Beschränkung der Dienstbefreiung:

Wortlaut wie § 14 Abs. 3 FwG.

Mit der Gesetzesnovelle 2015 (GBl. 1184) wurde der § 14 Absatz 3 FwG neu gefasst. Damit wurde zusätzlich zu der seit 2009 bestehenden Möglichkeit der vorübergehenden Befreiung von Dienstpflichten die dauerhafte Beschränkung der Dienstpflichten ermöglicht. Insofern wurde der § 5 Absatz 7 der Satzung um einen Satz 2 erweitert. Ebenso wurde die Tatbestandsvoraussetzung der vorübergehenden Dienstbefreiung um die „persönlichen Gründe“ erweitert.

Die Pflicht der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, am Dienst einschließlich Aus- und Fortbildung regelmäßig pünktlich teilnehmen (§ 14 Absatz 1 Nr.1 FwG) und sich bei Alarm unverzüglich zum Dienst einfinden zu müssen (§ 14 Absatz 1 Nr. 2 FwG), kann danach auch auf Dauer beschränkt werden, wenn dafür berufliche, gesundheitliche, familiäre oder persönliche Gründe geltend gemacht werden können. Damit kann in vielen Fällen vermieden werden, dass ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige frühzeitig in die Altersabteilung wechseln oder gar aus der Feuerwehr ausscheiden, weil die genannten Gründe sie hindern, weiterhin uneingeschränkt Dienst zu tun. Die demographische Entwicklung zwingt dazu, erfahrene Feuerwehrangehörige möglichst lange im aktiven Dienst in den Einsatzabteilungen zu halten.

Der Feuerwehrkommandant muss vor einer Bewilligung dauerhafter Einschränkungen von Dienstpflichten den Feuerwehrausschuss und den Abteilungsausschuss anhören.

Absatz 9 Regelverstöße

Bei Verstößen gegen die Dienstpflichten bestehen folgende Ahndungsmöglichkeiten (§ 14 Abs. 5 FwG):

- Verweis durch den Feuerwehrkommandanten
- Geldbuße bis 1.000 Euro bei groben Verstößen. Den Antrag dazu hat der Feuerwehrkommandant zu stellen; die Ahndung erfolgt durch den Bürgermeister.
- Vorläufige Dienstenthebung. Zuständig ist der Feuerwehrkommandant.

Die vorläufige Dienstenthebung ist keine Disziplinarmaßnahme; sie kann nur für die Zeit bis zur Entscheidung des Gemeinderates über die Beendigung des Feuerwehrdienstes oder den weiteren Verbleib des Feuerwehrangehörigen in der Feuerwehr verhängt werden kann³⁷.

³⁷ Dies war bisher in der Kommentarliteratur strittig.

Im Falle des Verweises und der Geldbuße verlangt das Feuerwehrgesetz nun ausdrücklich die vorherige Anhörung des Betroffenen.

Zu § 6: Altersabteilung

Die Altersabteilung kann in der Satzung auch als "Ehrenabteilung" bezeichnet werden.

Die Gemeinde kann Altersabteilungen aufstellen³⁸. Die Angehörigen der Altersabteilung können zu Übungen und Einsätzen herangezogen werden, soweit sie die hierfür erforderlichen gesundheitlichen und fachlichen Anforderungen erfüllen³⁹.

³⁸ § 6 Abs. 1 Satz 2 FwG

³⁹ § 14 Abs. 2 FwG

⁴⁰ § 13 Abs. 1 Nrn. 4 und 5 FwG.

⁴¹ Im Muster 1988 war dies das 50. Lebensjahr.

Absatz 1

Diese Bestimmung regelt die Voraussetzungen, unter denen Angehörige der Gemeindefeuerwehr in die Altersabteilung übernommen werden. Damit endet zugleich der ehrenamtliche Feuerwehrdienst in einer Einsatzabteilung.

Die Beendigung des Feuerwehrdienstes ist im Feuerwehrgesetz so geregelt, dass der Feuerwehrdienst u.a. mit Vollendung des 65. Lebensjahres endet oder der Feuerwehrangehörige den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes nicht mehr gewachsen ist⁴⁰.

Der Angehörige der Gemeindefeuerwehr tritt somit mit Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. mit dem Eintritt der dauernden Dienstunfähigkeit automatisch in die Altersabteilung ein, sofern er keine gegenteilige Erklärung abgibt. Es empfiehlt sich, die Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, bei denen die Voraussetzungen bald eintreten, auf die Rechtsfolgen der Satzungsregelung hinzuweisen. Eine Rechtsbeeinträchtigung durch diese Rechtsfolge ist nicht anzunehmen, da die genannte gegenteilige Erklärung möglich ist, an die nicht zu hohe Anforderungen zu stellen wären.

Absatz 2

Die Vorschrift regelt ebenfalls den Übertritt von der Einsatzabteilung in die Altersabteilung. Angehörige der Gemeindefeuerwehr können danach beantragen, dass sie nach Vollendung des 55. Lebensjahres⁴¹ in die Altersabteilung übernommen werden. Dieser Übertritt in die Altersabteilung setzt somit einen (mündlichen oder schriftlichen) Antrag des Angehörigen der Gemeindefeuerwehr voraus.

Der Feuerwehrausschuss entscheidet dann über diesen Antrag auf Aufnahme in die Altersabteilung. Die Entscheidung des Feuerwehrausschusses ist eine Ermessensentscheidung, in die auch der Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit der Feuerwehr einfließen soll. Es ist daher nicht zwingend, dass jeder Angehörige der Gemeindefeuerwehr bereits mit der Vollendung des in der Feuerwehrsatzung genannten 55. Lebensjahres in die Altersabteilung übernommen wird. Dieser Altersschicht gehören oftmals noch Führungskräfte und damit die für das Wohl der Feuerwehr wichtigen Feuerwehrleute an.

Absatz 3:

Für die Durchführung der Wahl gilt § 17 Abs. 7 des Musters in Verbindung mit § 17 Abs. 2 bis 6 des Musters.

Der Leiter der Altersabteilung leitet die Wahl (siehe § 17 Abs. 1 des Musters).

Für die Wahl des Leiters der Altersabteilung (und seines Stellvertreters) sieht die Satzung eine geheime Wahl vor.

Absatz 5

Regelung in Anlehnung an § 14 Abs. 2 FwG.

Zusätzlich ist bestimmt, dass über die Heranziehung der Feuerwehrkommandant im Einvernehmen mit dem Leiter der Altersabteilung entscheidet. Dies ergibt sich aus der Verantwortung des Feuerwehrkommandanten für Übungen und Einsätze. Das Einvernehmen kann durchaus praxisgerecht hergestellt werden. Denkbar ist, dass dies bei einem Gespräch geschieht, bei dem festgelegt wird, wer zum Einsatzdienst usw. herangezogen werden kann. Die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren, die für den Dienst in der Einsatzabteilung gilt, ist grundsätzlich zu beachten.

Zu § 7: Jugendabteilung

Jugendabteilungen sind in allen Gemeindefeuerwehren unverzichtbar. Die starke Jugendarbeit der örtlichen Vereine in den Gemeinden (im Sport- und Musikbereich) zeigt die Bedeutung der Jugendarbeit in den Jugendabteilungen der Feuerwehren immer stärker. Jugendabteilungen sind im Hinblick auf die Heranführung des Nachwuchses an die Gemeindefeuerwehr zu gründen. Das Feuerwehrgesetz verwendet den bundesweit gebräuchlichen Begriff der "Jugendfeuerwehr" für die Jugendabteilung.

Weitere für die Jugendabteilung bzw. die Anwärter geltende Bestimmungen enthält § 4 Abs. 2 bis 6 des Musters (Beendigung des Feuerwehrdienstes).

Ferner wird auf das Schreiben des Innenministeriums vom 16.06.2016 (AZ.: 6-1501.0/2) hingewiesen. Dieses enthält Empfehlungen zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes bei den Gemeindefeuerwehren hinsichtlich der Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses bei Personen, die in der Jugendarbeit tätig sind. Der Gemeindefrat hat die Empfehlungen mittels Gt-info Nr. 0585/2016 in der Druckausgabe vom 05.07.2016 veröffentlicht. Es wird um Beachtung der Empfehlungen gebeten!

Zu Absatz 1

Die Ermächtigung für die Aufstellung einer Jugendfeuerwehr enthält § 6 Abs. 1 Satz 2 FwG.

Eine Altersgrenze für die Aufnahme in die Jugendfeuerwehr enthält das Feuerwehrgesetz nicht mehr. Wegen der Altersgrenze für die Aufnahme in die Einsatzabteilung, ist eine Aufnahme in die Jugendfeuerwehr bis zum 17. Lebensjahr möglich.

Das Muster geht davon aus, dass in einer Gemeinde eine Jugendabteilung als Jugendfeuerwehr besteht. Die Mitglieder der Jugendfeuerwehr sind Angehörige Jugendfeuerwehr⁴².

⁴² Frühere Fassungen verwendeten noch den "Anwärter".

Soweit in Ortsteilen Jugendgruppen bestehen, sind sie Teil der gesamten Jugendabteilung.

Der Feuerwehrausschuss beschließt über die Jugendgruppen, die dann bei den Einsatzabteilungen gebildet werden. Die Jugendgruppen sind somit organisatorisch den Einsatzabteilungen zugeordnet.

zu Absatz 2

Aufnahmevoraussetzung ist eine Obergrenze von 17 Lebensjahren.

Der Beitritt zur Jugendabteilung erfolgt, da Grundlage das Feuerwehrgesetz und die Satzung sind, nach öffentlichem Recht; auch in diesem Fall ist die Zustimmung des/der Erziehungsberechtigten vorgesehen.

Zuständig für die Aufnahme in die Jugendabteilung ist der Feuerwehrausschuss.

Zu Absatz 3:

Der Austritt kann vom Angehörigen der Jugendfeuerwehr jederzeit erklärt werden; es bedarf hierzu nicht der Zustimmung der/des Erziehungsberechtigten. Die Einwilligung der Erziehungsberechtigten zum Beitritt ist regelmäßig so auszulegen, dass sie auch die Entscheidung über den Austritt umfasst.

Ansonsten regelt Absatz 3 die Voraussetzungen für die Beendigung der Zugehörigkeit zur Jugendfeuerwehr, d.h. mit Vorliegen der in der Satzung geregelten Voraussetzungen endet sie automatisch.

zu Absatz 4

Die Wahl erfolgt durch die Angehörigen der Abteilung und zwar in geheimer Abstimmung.

Die Wahl bedarf der Zustimmung des Feuerwehrausschusses.

Der Jugendfeuerwehrwart muss die für sein Amt erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen.

Der Jugendfeuerwehrwart wird auf fünf Jahre gewählt.

In Städten wird der Leiter der Jugendabteilung auch als "Stadt Jugendfeuerwehrwart" bezeichnet.

Der Jugendfeuerwehrwart leitet die Wahlen.

Zu Absatz 5

Die Satzungsvorschrift regelt die Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Jugendfeuerwehr als auch mit dem Feuerwehrkommandanten.

Zu § 8 Musikabteilung

Die Rechte und Pflichten der Angehörigen der Musikabteilungen wurden nun erstmals im Gesetz geregelt⁴³. Damit sollen sie bei staatlichen Ehrungen und beim aktiven Wahlrecht⁴⁴ den Angehörigen einer Einsatzabteilung gleichgestellt werden, wenn eine „Mindestvergleichbarkeit“ mit diesen Feuerwehrangehörigen gegeben ist. Die Angehörigen der Musikabteilung haben eine feuerwehrspezifische Grundausbildung zu absolvieren und regelmäßige Übungsdienste zu leisten; Näheres regelt die örtliche Feuerwehrsatzung. Damit sollen sie qualifiziert feuerwehrtypische Sofortmaßnahmen durchführen können und insbesondere bei Großschadenslagen in Zusammenarbeit mit erfahrenen Angehörigen der Einsatzabteilung diese unterstützen können.

43 Auf Wunsch des Landesfeuerwehrverbands.

44 Nach § 9 a Wahlen für den Feuerwehrausschuss und die Abteilungsausschüsse

45 § 8

46 § 6 Abs. 3 FwG. § 10 FwG regelt die Wahl zum Feuerwehrausschuss und Abteilungsausschuss.

Bei den Wahlen zum Feuerwehr- und Abteilungskommandanten⁴⁵ bleibt es beim alleinigen Wahlrecht der Angehörigen der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr. Nur diese Feuerwehrangehörigen wählen den Feuerwehr- und Abteilungskommandanten und ihre Stellvertreter. Dies hängt mit dem gegenseitigen Vertrauensverhältnis als Voraussetzung für den Einsatzerfolg und für die Sicherheit im Einsatz zusammen.

Das Muster regelt

- Aufnahme(-Voraussetzungen) in Absatz 1. Die Aufnahmevoraussetzungen sind in Anlehnung an die sonst in der Satzung geregelten Aufnahmevoraussetzungen geregelt.

- Beendigung des Feuerwehrdienstes in der Musikabteilung in Absatz 2. Die Voraussetzungen für die Beendigung des Feuerwehrdienstes sind in Anlehnung an die sonst in der Satzung geregelten Kriterien für die Beendigung geregelt.

- Wahl des Leiters der Musikabteilung und seines Stellvertreters in Absatz 3. Es erfolgt eine geheime Wahl auf eine Amtszeit von fünf Jahren.

- Aufgaben des Leiters der Musikabteilung (mit Zusammenarbeit mit dem Feuerwehrkommandanten) in Absatz 4.

- Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht der Angehörigen der Musikabteilung nach § 10 FwG (also – nur – für den Feuerwehrausschuss) und die Gleichstellung bei staatlichen Ehrungen in Absatz 5. Die Satzung nennt dazu vier Voraussetzungen: Teilnahme an einer feuerwehrspezifischen Grundausbildung, Teilnahme am Übungsdienst, Teilnahme an Aus- und Fortbildung; außerdem müssen die Angehörigen der Musikabteilung für Einsätze zur Verfügung stehen. Das genannte Wahlrecht besteht nicht für den Feuerwehrkommandanten und sein(e) Stellvertreter⁴⁶.

- Die anzustrebende Mitgliedschaft der Angehörigen der Musikabteilung in der Jugendfeuerwehr in Abs. 6.

Zu § 9 Ehrenmitglieder

Unter der "Amtszeit" nach Nr. 2 ist die Amtszeit als Feuerwehrkommandant der Gesamtfirewehr zu verstehen. "Kommandant" ist nicht nur der Feuerwehrkommandant der Gesamtfirewehr, auch den Abteilungskommandanten kann nach Beendigung ihrer Amtszeit die Eigenschaft als Ehrenkommandant verliehen werden.

Zu § 11 Feuerwehrkommandant, Feuerwehrkommandant und Stellvertreter

Die Vorschrift gilt für

- den Feuerwehrkommandanten

- seinen/seine Stellvertreter

- die Abteilungskommandanten (als Leiter der Einsatzabteilung)

Der Geltungsbereich für die Abteilungskommandanten bzw. Leiter der Abteilungen ergibt sich aus Absatz 13.

Zu Absatz 1

Inhaltlich wie § 8 Abs. 1 FwG.

Nach der gesetzlichen Regelung (§ 8 Abs. 1 FwG) kann es innerhalb einer Gemeinde nur einen Feuerwehrkommandanten geben. Die selbstständigen Einsatzabteilungen haben einen Abteilungskommandanten.

Für Absatz 1 kann folgende Ergänzung überlegt werden: "Er kann Leiter einer Einsatzabteilung (Abteilungskommandant) sein."

Nach diesem Ergänzungsvorschlag wäre der Feuerwehrkommandant auch Leiter einer Einsatzabteilung und damit zugleich Abteilungskommandant. Dies ist erwägenswert, sofern nicht die Feuerwehr selbst einen Kommandanten wünscht, der nicht befangen ist.

Zu Absatz 2

Stellvertreter

Das Feuerwehrgesetz lässt mehrere Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten zu.

Sollen mehrere Stellvertreter bestellt werden (können), wären entsprechende Ergänzungen beim "Stellvertreter" vorzunehmen.

Die Reihenfolge der Stellvertretung durch folgenden Zusatz zu bestimmen: "Bei der Wahl der Stellvertreter wird auch die Reihenfolge der Stellvertretung bestimmt."

Amtszeit

Die Amtszeit des Feuerwehrkommandanten, seines Stellvertreters, der Abteilungskommandanten und ihrer Stellvertreter rechnet ab der Bestellung (nach vorangegangener Zustimmung des Gemeinderats). Diese Bestellung setzt die Wahl durch die Angehörigen der Gemeindefeuerwehr voraus. Die Bestellung ist die rechtsförmliche Einsetzung in die betreffende Funktion (z.B. als Feuerwehrkommandant).

Auch bei vorzeitigem Ausscheiden beträgt die Amtszeit für den Nachfolger fünf Jahre. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Feuerwehr- oder Abteilungskommandanten oder eines Stellvertreters kann die Amtszeit für den Nachfolger verkürzt werden; das Nähere ist durch Satzung zu regeln⁴⁷. Denkbar ist die Bestellung des Rechtsnachfolgers für die verbleibende Dauer der Amtszeit.

47 § 8 Abs. 2 Satz 2 FwG

48 § 8 Abs. 6 FwG.

49 § 8 Abs. 5 FwG.

Geheime Wahl

Das Feuerwehrgesetz schreibt die "geheime Wahl" ausdrücklich vor.

Zu den strengen Anforderungen an die geheime Wahl des Feuerwehrkommandanten und seiner Stellvertreter siehe Petition im Landtag (BWGZ 2009, 207). Eine offene Abstimmung (Akklamation) ist nicht möglich. Wahlkabinen sind für die geheime Wahl aufzustellen.

Das Feuerwehrgesetz schreibt die geheime Wahl nur für die Wahl des Feuerwehrkommandanten und sein(e) Stellvertreter vor. Soweit die Satzung sonst die geheime Wahl fordert, sind die gleichen Voraussetzungen einzuhalten.

Wahlrecht

Das Wahlrecht steht nach § 8 Abs. 2 Satz 1 FwG nur den Angehörigen der Einsatzabteilung zu ("durch die Angehörigen der Einsatzabteilungen"). Mitglieder anderer Abteilungen, also die Feuerwehrangehörigen, die nicht der (den) Einsatzabteilung(en) angehören, sind bei der Wahl des Feuerwehrkommandanten nicht wahlberechtigt. Die Mitwirkung solcher nicht wahlberechtigter Angehöriger der Gemeindefeuerwehr (z. B. Angehöriger der Jugendfeuerwehr oder Mitglieder der Altersabteilung) macht den Wahlvorgang rechtswidrig. Insbesondere bei den Wahlen in der Hauptversammlung der Feuerwehr bzw. in den Abteilungsversammlungen sollte hierauf geachtet werden.

Wegen Rechtsmittel siehe Feuerwehrgesetz⁴⁸ bzw. § 11 Abs. 7 des Modells

Der Passus „aus deren Mitte“ indiziert, dass der Kommandant der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr angehören muss.

Zu Absatz 2 bis 5

Die Satzung regelt

- Wahl des Feuerwehrkommandanten (Absatz 2)
- Durchführung der Wahl in der Hauptversammlung (Absatz 3)
- Passives Wahlrecht zum Feuerwehrkommandanten (Absatz 4).
- Zustimmung des Gemeinderats (Absatz 5)
- Bestellung durch den Bürgermeister (Absatz 5).

Zu Absatz 4

In Ergänzung des Feuerwehrgesetzes⁴⁹ werden auch die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen sowie bezüglich der persönlichen und fachlichen Voraussetzungen präzisiert, dass diese sich aus den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums ergeben.

Bei Feuerwehren mit Abteilungen wäre als weitere Voraussetzung für die Wahl zum Feuerwehrkommandanten die Forderung nach dem Wohnsitz im Hauptort denkbar.

Zu Absatz 6

Die Pflicht zur Weiterführung des Amtes nach Ablauf der Amtszeit oder nach vorzeitigem Ausscheiden sichert die Funktionsfähigkeit der Gemeindefeuerwehr. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Betroffene durch Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren oder aus gesundheitlichen Gründen aus der Einsatzabteilung ausscheidet.

Die Bestellung zum Feuerwehrkommandanten ohne Neuwahl durch die Feuerwehrangehörigen nach § 8 Abs. 2 Satz 3 FwG erfolgt nach Wahl durch den Gemeinderat.

Zu Absatz 7

Bei Wahlen der Führungskräfte besteht nun eine ausdrückliche Rechtsmittelmöglichkeit⁵⁰. Die Wahlberechtigten können gegen eine Wahl zum Feuerwehrkommandanten, zum Abteilungskommandanten oder der jeweiligen Stellvertreter Rechtsbehelfe einlegen. Die Rechtsmittelfrist beträgt eine Woche nach der Wahl; eine Bekanntgabe der Wahlergebnisse ist somit keine Voraussetzung. Der Einspruch ist bei der Gemeinde (nicht bei der Gemeindefeuerwehr) einzulegen. Nach Ablauf der Einspruchsfrist können weitere Einspruchsgründe nicht mehr geltend gemacht werden. Mit der kurzen Einspruchsfrist soll für Rechtssicherheit gesorgt werden. Gegen die Entscheidung über den Einspruch können der Wahlberechtigte, der Einspruch erhoben hat und der durch die Entscheidung betroffene Bewerber unmittelbar Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage erheben. Es gibt somit kein Widerspruchsverfahren, sondern die unmittelbare Eröffnung des Rechtswegs (Verwaltungsgericht).

50 Rechtsfragen aus dem Wahlverfahren sind öffentlich-rechtlicher Natur. Sie wären nach bisherigem Recht direkt durch das Verwaltungsgericht zu überprüfen gewesen.

51 § 8 Abs. 3 FwG.

52 § 8 Abs. 2 S. 5 FwG.

Zu Absatz 8

Nachdem zunehmend hauptberuflich tätige Feuerwehrkommandanten bestellt werden, enthält das Feuerwehrgesetz eine Regelung für die Stellvertreter dieser hauptamtlich tätigen Kommandanten⁵¹. Stellvertreter im Sinne des § 8 Abs. 3 FwG ist dann nicht der ehrenamtlich tätige Stellvertreter eines hauptberuflich tätigen Feuerwehrkommandanten. Gemeint ist der hauptberuflich tätige Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten, unabhängig ob letzterer hauptberuflich oder ehrenamtlich tätig ist.

Zu Absatz 9

Der Feuerwehrkommandant hat den Bürgermeister über Dienstbesprechungen zu informieren (Absatz 9 Satz 2 Nr. 6 des Musters).

Zu Absatz 11

Die Stellvertretung ist nur für den Fall der tatsächlichen Verhinderung vorgesehen. Eine Bevollmächtigung wird der Stellvertretungsfunktion nicht gerecht.

Zu Absatz 12

Die Abberufung des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters ist nach dem Feuerwehrgesetz durch den Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses möglich; das Feuerwehrgesetz nennt die näheren Voraussetzungen nicht⁵². Die Satzung regelt dies ebenfalls nicht; denkbar sind grobe Verstöße gegen die Dienstpflichten oder fehlende Eignung.

Zu Absatz 13

Für die ehrenamtlich tätigen Abteilungskommandanten gelten die Absätze 4 bis 6 entsprechend.

Für Abteilungskommandanten der Einsatzabteilungen und ihre Stellvertreter bestimmt das Feuerwehrgesetz⁵³, dass sie von den Angehörigen der Einsatzabteilung in geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren gewählt werden und die Wahlen der Zustimmung des Gemeinderats bedürfen.

53 § 8 Abs. 2 Satz 1 FwG.

54 § 8 Abs. 2 Satz 5 FwG.

55 § 8 Abs. 4 FwG.

Ihre Abberufung ist (nur) durch den Gemeinderat und zwar nach Anhörung des Feuerwehrausschusses möglich⁵⁴.

Der Passus „aus deren Mitte“ indiziert, dass der Abteilungskommandant der jeweiligen Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr angehören muss.

Zu § 12 Unterführer

Zu Absatz 1

Unterführer sind nach dem Feuerwehrgesetz⁵⁵ die Zug- und Gruppenführer.

Im Feuerwehrgesetz sind Regelungen für Unterführer enthalten in

- § 8 Abs. 4: Zuständigkeit für die Bestellung;

- § 8 Abs. 5: Voraussetzungen für die Bestellung.

Unterführer dürfen nur bestellt werden, wenn sie die für ihr Amt erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen.

Zu Absatz 2

Die Zuständigkeit für die Bestellung der Unterführer bei Feuerwehren mit Einsatzabteilungen liegt nach § 8 Abs. 4 FwG beim Abteilungskommandanten, der hierfür das Einverständnis des Feuerwehrkommandanten einholen muss. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus ist im Muster auch die Mitwirkung des Abteilungsausschusses vorgesehen (Vorschlag für die Bestellung).

Zu § 13 Schriftführer, Kassenverwalter, Pressesprecher, Gerätewart

Zu Absatz 1

Ein Schriftführer dürfte regelmäßig erforderlich sein.

Ob ein Gerätewart für sämtliche Abteilungen (z. B. ein hauptamtlicher Bediensteter der Gemeinde) eingesetzt wird oder ob in jeder Abteilung ein Gerätewart bestellt wird, ist nach den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden. Einer Satzungsbestimmung bedarf es dafür nicht. Die Vorschriften für den Gerätewart gelten auch dann, wenn mehrere Personen bestellt worden sind. Die Regelung in Satz 2 (Einsetzung und Abberufung) gilt nur für ehrenamtlich tätige Gerätewarte.

Die Bestellung eines hauptberuflich tätigen Gerätewarts (Gemeindebediensteter) nach Satz 3 ist Sache des zuständigen Organs der Gemeinde (Gemeinderat oder Bürgermeister, Zuständigkeit ist nach der örtlichen Hauptsatzung i.V. mit der vorgesehenen Vergütung zu prüfen).

Vor der Einstellung eines Gemeindebediensteten, zu dessen Aufgabenkreis die Betreuung der Feuerwehrgeräte gehört, ist der Feuerwehrausschuss zu hören (siehe Satz 3).

Zu Absatz 2

Mit der Formulierung "in der Regel" soll im Einzelfall die Übernahme von schriftlichen Arbeiten auch durch andere Angehörige der Gemeindefeuerwehr möglich sein.

Zu Absatz 3

Diese Anforderungen entsprechen den sonst üblichen Regeln für Kassenverwalter (z. B. bei Vereinen). Zur Kameradschaftskasse siehe auch § 18.

Zu Absatz 6

Soweit neben den Einsatzabteilungen weitere Abteilungen bestehen (z. B. Altersabteilung, Jugendfeuerwehr, Musikabteilung), in denen diese oder ähnliche Funktionen zu besetzen sind, empfiehlt es sich, diese weiteren Abteilungen in Absatz 5 nach den Worten "Einsatzabteilungen" aufzuführen oder für jede dieser Abteilungen einen eigenen Absatz anzufügen. Dabei dürfte für den Schriftführer auf jeden Fall und für einen Kassenverwalter nur bei Bedarf eine Regelung zu treffen sein.

Bei einem Musikzug wäre – falls Regelungsbedarf besteht – an die Funktion des Stabführers und des Instrumenten- und Notenwarts zu denken.

Die sinngemäße Anwendung der Absätze 1 bis 4 bedeutet:

- Schriftführer und Kassenverwalter werden vom Abteilungsausschuss gewählt.
- Der Gerätewart wird vom Abteilungskommandanten bestellt.

Zu § 14 Feuerwehrausschuss, Abteilungsausschüsse

Das Anhörungsrecht des Feuerwehrausschusses besteht nach § 10 Absatz 4 Satz 2 FwG bereits dann, wenn Regelungen getroffen werden sollen, die die Feuerwehr lediglich berühren unabhängig davon, ob sie vom Gemeinderat oder Bürgermeister erlassen werden.⁵⁶

⁵⁶ Hildinger/Rosenauer, Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg, 4. Auflage 2017, § 10, Rn. 23.

⁵⁷ § 10 Abs. 1 Satz 2 FwG.

⁵⁸ § 10 Abs. 1 Satz 2 FwG.

⁵⁹ § 10 Abs. 1 Satz 1 FwG.

Zu Absatz 1

Der Feuerwehrkommandant wird als Leiter der Gemeindefeuerwehr gewählt bzw. der hauptamtliche Kommandant bestellt und ist aufgrund seiner Funktion Mitglied und Vorsitzender des Feuerwehrausschusses⁵⁷.

Als Richtzahlen für die zu wählenden Mitglieder des Feuerwehrausschusses wird die bisherige Empfehlung hingewiesen:

- Mannschaftsstärke bis 40 Feuerwehrangehörige: 4 bis 6 Mitglieder
- Mannschaftsstärke über 40 Feuerwehrangehörige, für je angefangene weitere 20 Feuerwehrangehörige: 1 Mitglied

Die Höchstzahl der zu wählenden Mitglieder sollte 20 nicht übersteigen.

Das sind keine unbedingten Empfehlungen, sondern Hinweise für eine Diskussionsgrundlage.

Das Feuerwehrgesetz sieht folgende Mitglieder des Feuerwehrausschusses vor:

- Feuerwehrkommandant als Vorsitzender des Feuerwehrausschusses⁵⁸
- Gewählte Mitglieder des Feuerwehrausschusses (Wahl durch die Angehörigen der Einsatzabteilung)⁵⁹

- Bestimmung von weiteren Mitgliedern durch die Satzung⁶⁰.

60 § 10 Abs. 3 Satz 2 FwG.

Neben den zu wählenden Mitgliedern des Feuerwehrausschusses können auch andere Angehörige der Gemeindefeuerwehr zu Mitgliedern des Feuerwehrausschusses bestimmt werden.

Das Muster sieht folgende geborene Mitglieder (neben dem Feuerwehrkommandanten und den gewählten Mitgliedern) vor:

- Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten
- Kommandanten der Einsatzabteilungen
- Leiter der Altersabteilung
- Jugendfeuerwehrwart
- Leiter der Musikabteilung
- Schriftführer
- Kassenverwalter
- Pressesprecher.

Die Gemeinden sollten prüfen, welche Personen mit ihren Funktionen zu den geborenen Mitgliedern des Feuerwehrausschusses gehören sollten.

Dabei ist auch zu klären, für welche Personen ein Stimmrecht besteht.

Die Gesamtzahl der Mitglieder im Feuerwehrausschuss sollte im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des Gremiums überschaubar bleiben.

Die Abteilungskommandanten sind nach dem Muster geborenes Mitglied des Feuerwehrausschusses. Es wäre denkbar, dass zusätzlich zu wählende Mitglieder des Feuerwehrausschusses auf die Einsatzabteilungen verteilt werden bzw. für jede Einsatzabteilung eine bestimmte Zahl von zu wählenden Mitgliedern festgelegt wird.

In Absatz 1 wäre in einem neuen Satz 2 zu bestimmen, mit wie vielen Mitgliedern die einzelnen Einsatzabteilungen im Feuerwehrausschuss vertreten sind:

"Davon entfallen auf die Abteilungen

in Mitglieder

in Mitglieder

in Mitglieder

in Mitglieder."

Dabei ist aus örtlicher Sicht zu prüfen, ob und wie viele weitere zu wählende Mitglieder der einzelnen Abteilung zuzuordnen sind. Es wäre deshalb z. B. unter Berücksichtigung der Mannschaftsstärke denkbar, für einzelne Abteilungen mehrere Mitglieder oder nur ein Mitglied vorzusehen.

In den Erläuterungen zum Muster 1998 war noch folgender Hinweis enthalten: Die Wahlen für den Feuerwehrausschuss finden in der Hauptversammlung statt; dies ist auch künftig so. Soll im Fall der Verteilung der zu wählenden Mitglieder auf die Abteilungen die Wahl in den

Abteilungsversammlungen durchgeführt werden, wäre § 14 wie folgt zu ergänzen: "Die Abteilungsversammlung wählt die auf die Abteilung entfallenden Mitglieder i. S. des § 14 Abs. 1."

Schriftführer und den Kassenverwalter waren nach dem Muster 1998 stimmberechtigtes Mitglied im Feuerwehrausschuss nur, wenn sie über die allgemeine Wahl in der Hauptversammlung aller aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr in den Feuerwehrausschuss - also als "gewählte Mitgliedern im Sinne des Satzes 1 – gelangen.

Das Muster 2010 sieht für diese Funktionsträger die geborene Mitgliedschaft vor. Dies sollte aus örtlicher Sicht geprüft werden.

Die Amtszeit der Mitglieder des Feuerwehrausschusses und der Abteilungsausschüsse beträgt fünf Jahre (§ 14 Abs. 1 und Abs. 9). Von der gesetzlichen Vorgabe des § 10 Abs. 1 FwG kann in der Feuerwehrsatzung nicht abgewichen werden.

Zu Absatz 7

Für die Beratungen des Feuerwehrausschusses ist Nichtöffentlichkeit vorgesehen, um insbesondere die Vertraulichkeit der Beschlüsse über die Beschaffung von Feuerwehrgeräten und Feuerwehreinrichtungen zu gewährleisten.

Sollten wichtige Angelegenheiten im Feuerwehrausschuss beraten werden, verbleibt es dabei; bei wichtigen Themen bietet sich die Behandlung in einer (außerordentlichen) Hauptversammlung an.

Es ist – auch wenn in der Satzung nicht ausdrücklich hier genannt – Aufgabe des Schriftführers, über Sitzungen des Feuerwehrausschusses eine Niederschrift zu fertigen.

Zu Absatz 8

Über die Zuziehung entscheidet entweder der Kommandant bei der Einladung. Die Funktion ist auf die Beratung beschränkt (also kein Stimmrecht).

Zu Absatz 9

Die Regelung für die Abteilungsausschüsse stützt sich auf das Feuerwehrgesetz⁶¹, wonach für die Einsatzabteilungen der freiwilligen Feuerwehr von den Angehörigen der Einsatzabteilung Abteilungsausschüsse auf die Dauer von fünf Jahren gewählt werden können. Dies ist gleichzeitig die Ermächtigung, Abteilungsausschüsse zu bilden.

⁶¹ § 10 Abs. 2 Satz 1 FwG.

Abteilungsausschüsse sind für die Aufgaben ihrer Abteilung in all den Fällen zuständig, in denen das Feuerwehrgesetz dem Feuerwehrausschuss Aufgaben übertragen hat und in der Satzung diese Zuständigkeit nicht dem Feuerwehrausschuss der Gesamtfeuerwehr vorbehalten worden ist.

Bei der Diskussion in den Gemeinden über die Bildung von Abteilungsausschüssen sind sowohl die Gesichtspunkte um die Bewahrung der Identität der Ortsteile ebenso zu berücksichtigen wie das kommunalpolitische Ziel, die Ortsteile einer einheitlichen Gemeinde mehr und mehr zusammenwachsen zu lassen.

Zu § 15 Ausschüsse bei den Altersabteilungen, der Jugendfeuerwehr und den Musikabteilungen

Für die Altersabteilungen, die Jugendfeuerwehr und die Musikabteilung sind die gemeinsamen Vorschriften über Ausschüsse in diesem Paragraphen zusammengefasst.

Geregelt werden

- die Bildung der Ausschüsse
- die Zusammensetzung der Ausschüsse aus gewählten Mitgliedern
- die Bestimmung zusätzlicher ("geborener") Mitglieder
- die Wahl auf eine Amtszeit von fünf Jahren
- die entsprechende Geltung von Vorschriften aus dem § 14.

Zu § 16 Hauptversammlung und Abteilungsversammlung

zu Absatz 1

Das Feuerwehrgesetz schreibt die Abhaltung von Hauptversammlungen nicht vor, ja nennt sie selbst nicht einmal dann, wenn sie die Grundlage für bestimmte Entscheidungen bzw. Wahlen ist.

Im Feuerwehrgesetz ist nur ausgesagt, in welchen Fällen sämtliche Feuerwehrangehörige an den zu treffenden Entscheidungen mitzuwirken haben (z. B. bei der Wahl des Feuerwehrkommandanten und des Feuerwehrausschusses). Dafür enthält das Muster die Institution der Hauptversammlung, der dann auch die in § 16 des Musters vorgesehenen weiteren Aufgaben, die bei einer Gemeinschaft dieser Art im Rahmen der von ihr von der Gemeinde überlassenen Selbstverwaltung zu lösen sind, übertragen wurden.

Bei der Durchführung von Wahlen ist besonders darauf zu achten, dass nur die jeweiligen Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Zu Absatz 1

Jährlich ist mindestens eine ordentliche Hauptversammlung für alle Angehörigen der Gemeindefeuerwehr durchzuführen. Die Hauptversammlung findet für alle Angehörigen der Gemeindefeuerwehr statt, nicht nur für die Angehörigen der Einsatzabteilungen.

Zu Absatz 2

Dem Kommandanten obliegt die Pflicht für einen Bericht über das vergangene Jahr, dem Kassenverwalter über den Rechnungsabschluss der Kameradschaftskasse.

Zu Absatz 3

Die Einberufung erfolgt durch den Feuerwehrkommandanten.

Die Form der Bekanntgabe der Einladung richtet sich nach der örtlichen Übung (schriftliche Einladung an jedes Mitglied oder Bekanntmachung am "schwarzen Brett- im Feuerwehrgerätehaus oder im gemeindlichen Amtsblatt). Eine zusätzliche Einladung über das Internet, per E-Mail ist möglich.

Zu Absatz 4

Beschlussfähigkeit liegt vor, wenn mindestens die Hälfte Angehörigen der Einsatzabteilungen anwesend ist oder nach Absatz 6 Buchstabe b) in digitaler Form teilnimmt, ansonsten gilt für Beschlüsse die einfache Mehrheit.

Geheim ist auf Antrag abzustimmen, ansonsten finden geheime Wahlen statt. Die Fassung von Beschlüssen in geheimer Abstimmung ist im Rahmen einer Hauptversammlung nach Absatz 6 Buchstabe b) nicht möglich. Für sie gilt § 17 Absatz 7.

Zu Absatz 5

Der Bürgermeister kann aufgrund der allgemeinen Unterrichtungspflicht des Feuerwehrkommandanten die Niederschrift anfordern.

Zu Absatz 6

Absatz 6 enthält die notwendigen Regelungen für die Durchführung der Hauptversammlung, sofern diese nicht in Form einer Präsenzveranstaltung stattfinden kann. Dies stellt eine Ausnahmeregelung vom Grundsatz der Präsenzversammlung dar. Voraussetzung hierfür ist, dass schwerwiegende Gründe, wie Naturkatastrophen, Gründe des Infektionsschutzes oder sonstige außergewöhnliche Notsituationen eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptversammlung unzumutbar machen. Hiervon kann beispielsweise im Falle einer pandemischen Lage und damit verbundenen behördlich verfügten Kontaktbeschränkungen ausgegangen werden,

Im Fall einer Verschiebung der Hauptversammlung nach Absatz 6 Buchstabe a) ist auf einen angemessen kurzen Zeitraum der Verschiebung hinzuwirken. Verschoben werden jedoch maximal bis zu einem Jahr.

Im Fall der Durchführung der Hauptversammlung in digitaler Form nach Absatz 6 Buchstabe b) hat eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel stattzufinden. Dies wird regelmäßig in Form einer Videokonferenz gewährleistet sein. Wahlen sowie gemäß Absatz 4 geheim zu fassende Beschlüsse können nicht im Rahmen einer Hauptversammlung in digitaler Form nach Absatz 6 Buchstabe b) durchgeführt bzw. gefasst werden. Für sie gilt § 17 Absatz 7.

Zu § 17 Wahlen

Zu Absatz 1

Geheime Wahl schreibt das Feuerwehrgesetz⁶² vor bei
62 In § 8 Abs. 2 Satz 1 FwG für die nachfolgend genannten vier Funktionsträger.
63 § 8 Abs. 6 FwG.

- Wahl des ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten
- Wahl des/der ehrenamtlich tätigen Stellvertreter/s des Feuerwehrkommandanten
- Wahl des ehrenamtlich tätigen Abteilungskommandanten
- Wahl des Stellvertreters des Abteilungskommandanten

In der Praxis üblich ist es, auch die Mitglieder des Feuerwehrausschusses und der Abteilungsausschüsse in geheimer Wahl zu wählen.

Sofern Wahlen im Ausnahmefall nach Absatz 7 durchgeführt werden, organisiert und leitet der Bürgermeister oder eine von ihm beauftragte Person, unter Mitwirkung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die Wahl. Die beauftragte Person kann ein Angehöriger der Gemeindefeuerwehr sein.

Zu Absatz 3

Wahlvorschläge sind nicht vorgesehen. Daher sind alle Angehörigen der Gemeindefeuerwehr wählbar, die die Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen daher weder bis zur Hauptversammlung noch in der Hauptversammlung vorgeschlagen werden. Die Wahlberechtigten sind dann auch nicht an beispielsweise vom Feuerwehrausschuss vorgeschlagene Bewerber gebunden.

Bei den Wahlen ist zu beachten, dass nur die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung wahlberechtigten Angehörigen der Gemeindefeuerwehr teilnehmen. Andernfalls wäre der Wahlvorgang rechtswidrig. Vorschriften über Rechtsmittel enthält das Feuerwehrgesetz seit der Novelle 2009⁶³. Eine Heilung Rechtswidrigkeit wird nur durch eine erneute Wahl möglich sein.

In der Satzung wird für die Wahl des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters mindestens die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen der Wahlberechtigten gefordert. Diese Stimmzahl ist auch bei nur einem Bewerber erforderlich und zwar auch im zweiten Wahlgang. Dies ist wegen der notwendigen Vertrauensbasis so vorgesehen und vom Landesfeuerwehrverband ausdrücklich bestätigt worden. Aus örtlicher Sicht kann selbstverständlich auch eine andere Stimmzahl für den zweiten Wahlgang geprüft werden.

Zu Absatz 7

Voraussetzung für nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführende Wahlen und die Fassung von Beschlüssen in geheimer Abstimmung gemäß Absatz 7 ist, dass nach § 16 Absatz 6 keine Hauptversammlung als Präsenzveranstaltung stattfindet. In diesem Fall entscheidet der Bürgermeister – nach Anhörung des Feuerwehrausschusses – über das alternative Format der Wahl (Absatz 7 Buchstabe a) bis c)).

Eine Präsenzversammlung anlässlich der Wahl (Wahlversammlung) gemäß Absatz 7 Buchstabe a) dient allein der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl und ersetzt nicht die Hauptversammlung nach § 16.

Im Falle der Durchführung von Briefwahlen nach Absatz 7 Buchstabe b) sind die allgemeinen und demokratischen Wahlgrundsätze zu gewährleisten.

Bei der Durchführung von Online-Abstimmungen und -Wahlen nach Absatz 7 Buchstabe c) müssen die zur Verwendung kommenden technischen Hilfsmittel eine rechtssichere und geheime Abstimmung oder Wahl unter Berücksichtigung der allgemeinen und demokratischen Wahlgrundsätze gewährleisten. Die Rechtssicherheit der technischen Hilfsmittel kann ggf. durch entsprechende Zertifizierungen nachgewiesen werden (z.B. Zertifizierung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik).

Zu § 18 Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)

Das Sondervermögen für die Kameradschaftspflege ist möglich für

- die (Gesamt-)Gemeindefeuerwehr,
- die Einsatzabteilungen und
- die Jugendfeuerwehr (siehe § 18 Abs. 6 des Musters).

jedoch nicht für die Altersabteilung und die Musikabteilung.

Das Sondervermögen kann nur für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden.

Es wird auf die ausführlichen Erläuterungen zum Muster 1988 bzw. zu der Änderung des Musters im Jahre 1989 im Zusammenhang mit der Einführung des damaligen § 18 a FwG (a.F.) verwiesen (BWGZ 21/1989, S. 753 ff.). Betreffend die Besteuerung der Kameradschaftskasse wird auf die Erläuterungen in der BWGZ-Ausgabe 24/2018, S. 942 ff. hingewiesen.

Die vorbenannten BWGZ-Ausgaben sind im Mitgliederbereich des Gemeindefests und über die Gt-Datenbank (im Mitgliederbereich) abrufbar.

Zu § 19

Für das Inkrafttreten kann auch ein anderer Zeitpunkt gewählt werden (siehe § 4 Abs. 3 Satz 2 GemO).

In Absatz 2 wäre die bisherige Feuerwehrsatzung zu nennen.

Az. 131.00